

Diese Entwicklungen werden Salzburg bis 2030 prägen

Erstellt von Silvia Augeneder, Lukas Lengauer,
Erich Mild, Jakob Reichenberger und Stefan Wally

in der Reihe Arbeitspapiere Praxis
der Robert-Jungk-Stiftung
November 2011



JBZ

SALZBURGER:ZUKUNFTS:DIALOGE

arbeitspapiere

Die AutorInnen: Silvia Augeneder ist Juristin/Ethikerin im Bereich Rechts- und Sozialphilosophie der Juridischen Fakultät Salzburg. Schwerpunkte sind Wirtschafts- und Medizinethik.; Lukas Lengauer ist Geograph und Ökonom. Er arbeitet in der ZIT-Die Technologieagentur der Stadt Wien GmbH; Erich Mild ist Politikwissenschaftler und publiziert v. a. zu Fragen der Umweltpolitik; Jakob Reichenberger ist Studienleiter in St. Virgil Salzburg.; Stefan Wally ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Robert-Jungk-Stiftung und unterrichtet Politikwissenschaften an verschiedenen Universitäten.

Die S:Z:D Arbeitspapiere werden von der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen (JBZ) in Kooperation mit den Salzburger:Zukunfts:Dialogen herausgegeben. Die Inhalte der Arbeitspapiere geben nicht notwendigerweise die Meinung der Robert-Jungk-Bibliothek oder der Salzburger:Zukunfts:Dialoge wieder. Sie sollen Diskussionen anregen.

ISBN 978-3-9501181-6-2

Bisher erschienen:

- Nr. 1/David Röhthler/Government 2.0
- Nr. 2/Minas Dimitriou/Sport zwischen Inklusion und Exklusion
- Nr. 3/Nimet Ünal/Migration und schulischer Erfolg
- Nr. 4/Georg Gruber/Zukunftsvorstellungen junger AsylwerberInnen
- Nr. 5/Achim Eberspächer/R. Jungk: Zukunftsforscher mit Führungszeichen
- Nr. 6/Silvia Augeneder/Kommerzialisierung menschlicher Körperteile
- Nr. 7/Bärbel Maureder/Der Salzburger IT Arbeitsmarkt
- Nr. 8/Barbara Eder/Freiwilligentätigkeit in Österreich
- Nr. 9/Silvia Augeneder et al./Entwicklungen in Salzburg bis 2030

www.arbeitspapiere.org
www.jungk-bibliothek.at

Inhaltsverzeichnis

Einführung	4
Zukunftsforschung	7
1. Der Verlust der Integrationsfähigkeit im politischen System	13
1.1 Weiter sinkende Wahlbeteiligung.....	14
1.2. Weiter sinkende Mitgliedszahlen in Parteien	19
1.3. Schwierigkeiten Kandidaten zu finden.....	23
1.4 Starke Schwankungen bei Wahlergebnissen	25
1.5. Die Öffentlichkeit verliert das Interesse	27
1.6. Die Öffnung des politischen Systems in Salzburg.....	29
2. Die Kommerzialisierung von immer mehr Lebensbereichen	31
2.1. Trendherleitung	32
2.2. Auswirkungen	40
2.3. Handlungsoptionen	42
3. Regionale Disparitäten in Salzburg nehmen zu	44
3.1. Konvergenz und Divergenz	46
3.2. Warum kommt es nicht zum Ausgleich?	49
3.3. Stadt-Land Disparitäten im Bundesland Salzburg ..	51
3.4. Das Auseinanderdriften wird sich beschleunigen	52
3.5. Schlussfolgerungen	56
4. Klimawandel in Salzburg wirkt sich aus	58
4.1 Trendherleitung.....	58
4.2 Relevanz für Salzburg.....	71
4.3 Wohin bewegt sich Salzburg bis 2030?.....	71
5. Gesundheit bis zum Jahr 2030	76
5.1. Definition Gesundheit	76
5.2. Ursachen für den Paradigmenwechsel.....	78
5.3. Wohin bewegt sich Salzburg bis 2030?.....	86

Einführung

Auf der Basis von 22 Diskussionen im Rahmen der Veranstaltungsreihe JBZ-Montagsrunden hat ein Redaktionsteam versucht, Entwicklungen auszuwählen, die Salzburg bis zum Jahr 2030 prägen werden.

Wenn wir von Salzburg reden, meinen wir das Bundesland Salzburg mit seinen ökonomischen, ökologischen, gesellschaftlichen und kulturellen Merkmalen. Unter Entwicklungen verstehen wir die Veränderung von einzelnen Merkmalen. Solche Entwicklungen verstehen wir als "prägend", wenn die Bewohnerinnen und Bewohner des Gebiets direkte oder indirekte Auswirkungen dieser Entwicklungen als für sie bedeutend einstufen würden.

Das vorliegende Papier beschreibt die ersten fünf der im folgenden Kasten dargestellten Trends.

Diese ersten fünf Trends haben die TeilnehmerInnen der JBZ-Montagsrunden in einer Online-Umfrage nach Bedeutung gereiht, wobei 181 Stimmen abgegeben wurden. Diese Reihung spiegelt sich in der Kapitelstruktur dieses Papiers wieder.

Neun Trends bis 2030

Neun Trends wurden in diesem Arbeitspapier benannt, die für besonders wichtig erachtet werden.

1. Es wird eine Öffnung des politischen Systems geben.

... erzwungen durch sinkende Wahlbeteiligung, weniger Parteimitglieder, mehr WechselwählerInnen und weniger KandidatInnen.

2. Es kommt zu einer Kommerzialisierung von immer mehr Lebensbereichen.

Immer mehr Bereiche des menschlichen Lebens werden durch spezialisierte, den Bedürfnissen der jeweiligen Zielgruppe angepasste, Marktangebote bedient.

3. Die Unterschiede zwischen Zentralraum und Süden des Landes nehmen zu.

In einer zunehmend wissensbasierten Ökonomie wird die Abwanderung aus den ländlichen Regionen zunehmen.

4. Der Klimaerwärmung wird sich auswirken,

... besonders auf den Tourismus Innergebirg, wo die Temperaturen schneller steigen werden.

5. Das Gesundheitssystem wird grundlegend reformiert sein,

... mehr Gesundheitsdienstleistungen und mehr Gesundheitsvorsorge sowie -erhaltung werden durch allgemeine Entwicklungen erzwungen werden.

Im zweiten Teil dieser Untersuchung werden in einem weiteren Arbeitspapier folgende Trends ausgearbeitet:

6. Die soziale Polarisierung nimmt in Salzburg zu

... durch Verknappung von Wohnraum, "Ethnisierung" von Armut und stärkerer Distinktion zwischen sozialen Schichten.

7 Zunehmende kulturelle Vielfalt in der Gesellschaft,

... unter anderem aufgrund des Nachrückens von Generationen mit Menschen mit Migrationshintergrund und der gesellschaftlichen Ausdifferenzierung.

8 Steigendes durchschnittliches Alter der Bevölkerung

und daraus folgende Anforderungen u. a. an öffentliche Wohlfahrt, Finanzen, Kultur und Politik.

9 Internationalisierung des Lebens in Salzburg

durch die ökonomische Globalisierung, die Massenmedien, die berufliche Spezialisierung und die Bildung.

Bei der Befragung wurde auch nachgehakt, welche anderen Entwicklungen bis 2030 von besonderer Bedeutung sein werden. Folgende Hinweise wurden gegeben:

Die beiden Notizen: "Klimauswirkungen durch vermehrte und heftigere Unwettersituationen" und "saubere Umwelt durch Autofreie Kernzone, 30 km/h fürs Stadtgebiet, Fernwärme" werden in dem vorliegenden Papier im Kapitel Klimaveränderungen behandelt.

Die Hinweise "Die Kluft zwischen sehr wohlhabenden und prekären Schichten wird massiv zunehmen", "Der ökonomische Druck auf Familien wird weiter steigen", "Armut, Armutsgefährdung und mangelnde Existenzsicherung nehmen zu", "soziale Umverteilung von Arbeit, Geld, Macht muss deutlicher spürbar sein" und "Rückläufige Wirtschaft durch mangelnde Innovationsfreudigkeit" werden im kommenden Papier unter dem Kapitel "Soziale Polarisierung" behandelt.

Die Meinung "Die Generationengerechtigkeit wird weiter abnehmen und sich verschärfen", wird im Kapitel "Alterung der Bevölkerung" bearbeitet.

Der Hinweis "Die Diversität der Bevölkerung nimmt zu. Parallelgesellschaften entstehen" fließt in das Kapitel "Zunehmende kulturelle Vielfalt" ein.

Die These "Die Gesellschaft wird sich immer mehr individualisieren" wird in verschiedenen Kapiteln berücksichtigt, vor allem in Kapitel zur "kulturellen Vielfalt".

Zukunftsforschung

In der Tradition der sozial orientierten Zukunftsforschung, wie viril allem von Robert Jungk propagiert wurde, geht es den Autorinnen und Autoren darum, mögliche Zukunftsentwicklungen aufzuzeichnen und dadurch Zukunft gestaltbar zu machen. Es wäre ein Irrtum anzunehmen, dass die Zukunftsforschung in der Lage ist,

zu sagen, was sein wird. In den wissenschaftstheoretischen Diskursen ist ein Vielzahl von Einwänden gegen die Möglichkeit vorgebracht worden, solche Aussagen zu treffen. Die Zukunft ist kein "Erfahrungsobjekt", das "vermessen" werden kann. Die Zukunftsforschung steckt bei der Bestimmung eines Methodenkanons in den Kinderschuhen, die Falsifizierbarkeit von Aussagen der Zukunftsforschung besteht erst zu dem Zeitpunkt, an dem es sich nicht mehr um zukünftige Ereignisse handelt.

Gerade Robert Jungk hat dies reflektiert, aber darauf bestanden, dass trotzdem versucht werden muss, Aussagen über mögliche Zukünfte zu machen. In der Gegenwart wird der Konflikt um die Qualitätssicherung vor allem zwischen der kommerziellen Trendforschung und der Gruppe der Zukunftsforscher ausgetragen, die sich akademischen Standards verpflichtet fühlt. Während die Kritik an der kommerziellen Trendforschung umfangreich und gut dokumentiert ist, ist weniger Klarheit vorhanden, was genau die "seriöse Zukunftsforschung" ausmacht. Holger Rust hat die Position der zweiten Gruppe in seinem Buch "Zukunftsillusionen" klar gemacht: "Wo ist die Antwort? Ganz einfach: Sie ist da, wo sich die anderen bedienen, wo all diese Gurus, Powertrainer und Trendforscher sich freigiebig Bruchstücke heraushauen, um sie auf dem Markt der Wissenswilligen zu verkaufen, fremdes geistiges Eigentum, dem sie einfach nur das bunte Fähnchen eines anmutigen Anglizismus umhängen. Dieser Steinbruch ist die Wissenschaft. Nun also müsste man fragen, wie denn die Wissenschaft mit diesen Fragen umgehen würde. Und man würde den einfachsten Weg finden: die Sekundäranalyse, allerdings mit seriösen Methoden der repräsen-

tativen Forschung. Und einer Fragestellung, die klar und präzise ist."¹

"Der Zukunftsforscher will also nicht recht behalten, und das unterscheidet ihn von Propheten anderer Zeiten. Er will nicht sagen was sein *wird*, sondern was sein *kann*."² Für die Zukunftsforschung nach Jungk geht es um die Darstellung von Zukünften, der Darstellung der möglichen Entwicklungen, die immer noch dem Eingriff der Menschen unterworfen sind.

Die Darstellung von möglichen Zukünften soll nicht nur der Befriedigung der Neugierde dienen. In der Geschichte der Zukunftsforschung war die Verbesserung der demokratischen Qualität der Gesellschaft ein zentraler Bezugspunkt. "Erst im Besitze von Informationen, die nicht nur den gegenwärtigen Stand der Dinge, sondern auch die verschiedenen Entwicklungsmöglichkeiten auf Grund verschiedener Tendenzen, Wünsche, Ziele zum Inhalt haben, kann der Staatsbürger wieder zum Mitbestimmenden werden," argumentierte Jungk.³ Er baute damit vor allem auf Überlegungen der französischen Zukunftsforschung auf. Bertrand der Jouvenel hatte schon in den 1960er-Jahren die Schaffung eines dem Parlament vorgeschalteten Beratungsgremiums vorgeschlagen, das künftige Möglichkeiten auszuloten und zu beschreiben hätte. Erneut im Unterschied zur

¹ Rust, H., Klares Denken statt Trendgemunkel, in: Über Morgen, Politikentwicklung und Zukunftsforschung, hg. v. Sandner, G./Vlastos, M., Wien: Verlag des ÖGB, S. 64 -102, S. 80f

² Jungk, R., Mehr Fantasie für das Morgen, in: Zukunftsbezogenen Politik – Notwendigkeit, Möglichkeiten, Grenzen, hg. von Benda E./Dahrendorf R./Jungk, R., Bad Godesberg: Deutscher Beamtenverlag, 1969, S. 52.

³ Jungk, R., Die Zukunft gehört allen, in: Offene Welt 97/98 (1968). S. 282.

Prophetarie spricht Jungk von der "Demokratisierung des utopischen Denkens".⁴

Methodisch hatte Jungk vor allem drei Präferenzen:

Die Zukunftsforschung muss interdisziplinär sein. Zukünftige Entwicklungen werde man nur abschätzen können, wenn die Zusammenhänge zwischen den Entwicklungen in den verschiedenen Forschungsgebieten gesehen werden. Der "Zerfall in immer kleinere Spezialgebiete (ist) durch Zusammensicht auf höherer Stufe komplexer zu kompensieren", schreibt Jungk.⁵ H. W. Opaschowski formulierte es so: Die Zukunftsforschung versuche, "aus einer Fülle von Fakten und Aspekten ein zusammenhängendes Bild der Zukunft zu zeichnen."⁶

Die Partizipation von möglichst Vielen. In der Auseinandersetzung mit der traditionellen Zukunftsforschung kritisierte Jungk von Anfang an, dass Entwicklungen und Auswirkungen nur von einer begrenzten Gruppe von Menschen gemacht wurden. Jungk nannte diese die "Schicksalsmacher" und führte eine Vielzahl von Belegen an, dass das Ausschließen von Betroffenen bei Planungen zu negativen Auswirkungen auf die Qualität des Neuen führte.⁷

Die Rückkoppelung zur Weiterentwicklung der Ergebnisse. Jungk nannte dies "forecasting in feed-back". Damit

⁴ Jungk, R., Statt auf den großen Tag zu warten, in: Kursbuch 53 (1978), S. 12.

⁵ Jungk, R., Zukunftsforschung und Zukunftsgestaltung – Plädoyer für eine neue Wissenschaft, in: Wirtschaft, Gesellschaft, Geschichte, hg. v. Grosser, A./Jäckel, E./Jungk, R./Ludz, C. P./Penzkofer, P., Stuttgart: J.B. Metzler, 1974, S. 251.

⁶ Opaschowski, H.W., Zukunft neu denken, in: Zukunftsforschung und Zukunftsgestaltung, Beiträge aus Wissenschaft und Praxis, hg. v. Popp, R./Schüll, E., Berlin, Heidelberg: Springer, 2009, S. 17-24, S. 21.

⁷ Jungk, R./Müllert, N.R., Zukunftswerkstätten, Hamburg: Hoffmann und Campe, 1981, S. 13-17.

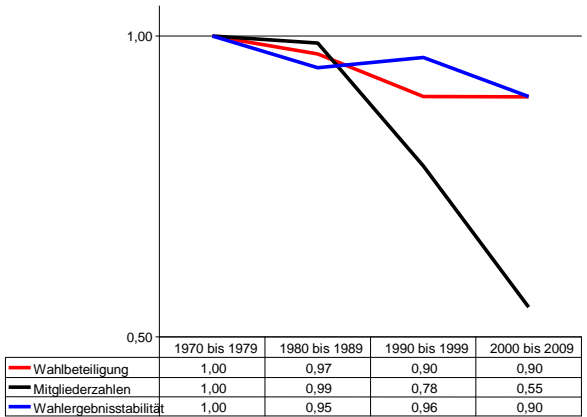
war gemeint, dass man sich nicht an Ergebnisse oder gesetzte Ziele klammere, sondern regelmäßige Anpassung der Ziele und Ergebnisse erlaube.⁸ Geht man von der Unbestimmbarkeit der Zukunft aus, so kann die Abschätzung von Szenarien nur dann eine hohe Treffsicherheit haben, wenn sie stets auf der Basis der neuen Informationen überprüft und angepasst wird. Gutachten sind deswegen stets nach kurzer Zeit überholt, ihre Qualität kann nur gesichert werden, wenn sie regelmäßig revidiert werden. Dies war übrigens auch ein Grund, warum Jungk sich in seinem gesamten Leben darum bemühte, Einrichtungen zu schaffen, die diese konstante Revision leisten könnten. Die Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen ist eines der Ergebnisse dieses Bemühens.

An dem vorliegenden Arbeitspapier haben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus sehr verschiedenen Bereichen Anteil. Das Papier basiert zum Zeitpunkt seines Redaktionsschlusses auf den Vorträgen von 23 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftern aus den Bereichen der Chemie, der Ethik, der Frauenforschung, der Geographie, der Physik, der Politikwissenschaft, der Politischen Ökonomie, der Sportwissenschaft, der Volkskunde und der Zukunftsforschung im engeren Sinn. Eingeflossen sind auch die Diskussionsbeiträge von rund 150 TeilnehmerInnen aus den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen. Um diese möglichst große Zahl der Mitwirkenden zu Beteiligten zu machen, wurden und werden bei der Ausformulierung jedes Entwicklungstrends TeilnehmerInnen in die Ausformulierung involviert. Die gesammelten Trends wurden den TeilnehmerInnen zur Kritik, Ergänzung und Reihung übermittelt.

⁸ Jungk, R., Mehr Fantasie für das Morgen, in: Zukunftsbezogenen Politik – Notwendigkeit, Möglichkeiten, Grenzen, hg. von Benda E./Dahrendorf R./Jungk, R., Bad Godesberg: Deutscher Beamtenverlag, 1969, S. 60.

Der Anspruch des Papiers ist es, auf der Grundlage von interdisziplinärer Zusammenarbeit, möglichst breitem Input und unter Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse Zukunftsentwicklungen für die Region Salzburg abzuschätzen. Wir sind, im Einklang mit der Debatte über die Methoden der Zukunftsforschung, der Auffassung, dass unsere Erkenntnisse der Revision unterzogen werden müssen, im Einklang mit Robert Jungk aber von der demokratischen Nützlichkeit der Arbeit überzeugt.

Desintegration des traditionellen politischen Systems in Salzburg



1. Der Verlust der Integrationsfähigkeit im politischen System in Salzburg

Bis zum Jahr 2030 wird das bestehende politische System in Salzburg sich stark verändern. Die Wahlbeteiligung sinkt seit langem und wird weiter zurückgehen. Dasselbe gilt für die Mitgliederzahlen der politischen Parteien und die Bereitschaft, sich für die Parteien als KandidatIn für öffentliche Ämter zur Verfügung zu stellen. Die geringer werdenden Bindungen führen, wie schon beobachtbar, zu immer stärkeren Veränderungen bei Wahlergebnissen. Diese Volatilität widerspricht dem Interesse der Entscheidungsträger an stabilen Verhältnissen. Dies und die Rekrutierungsprobleme der Parteien erzwingen eine Öffnung des politischen Systems, wobei die Parteien in einer ersten Phase versuchen werden,

ihre Position in einem offeneren politischen System zu behaupten.⁹

1.1 Weiter sinkende Wahlbeteiligung

Die Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen in Salzburg betrug 1974 noch 83,4 Prozent. 2009 waren es 74,4 Prozent. Bei den Wahlen zum Nationalrat machten in Salzburg 1970 90,3 Prozent der Wahlberechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch, 2008 waren es 78,6 Prozent. Bei den Bundespräsidentenwahlen 1971 stimmten 96,1 Prozent der Wahlberechtigten ab, 2010 waren es 52,9 Prozent. Auch bei den Gemeindevertretungswahlen in Salzburg sank die Wahlbeteiligung seit der ersten Wahl in den 70ern und der letzten Wahl bis einschließlich 2009.

Um einen klaren Trend zu erkennen, müssen einige Anomalien bei der Wahlbeteiligung ausgeschlossen werden. Bei den Bundespräsidentenwahlen verzichteten große Parteien wiederholt auf eigene Kandidaten, was eine niedrigere Wahlbeteiligung erklärt. Wahlen zum Europäischen Parlament gab es in Salzburg erst ab der Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Bei Gemeindevertretungswahlen wurde die Direktwahl der Bürgermeister eingeführt¹⁰, Klare langfristige Tendenzen

⁹ Dank für Kritik und Hinweise an Dr. Franz Fallend. Grafik: Wahlbeteiligung: Durchschnitt der Wahlbeteiligungen bei Nationalratswahlen und Landtagswahlen in Relation zum Vergleichswert der Jahre 1970 bis 1979. Mitgliederzahlen: Summe der Durchschnitte der vorliegenden Mitgliederzahlen der Salzburger Parteien im jeweiligen Zeitraum im Verhältnis zu Vergleichssumme der Jahre 1970 bis 1979. Wahlergebnisstabilität: Welche Stimmanteile konnten bei den Wahlen in einem Jahrzehnt im Durchschnitt von den Parteien verteidigt werden? (Nationalrats- und Landtagswahlen in Salzburg) Wie entwickelte sich dieser Wert im Jahrzehntvergleich? Begründung der Datenauswahl und Differenzierung z.B. nach Mitgliederzahlen bei Groß- und Kleinparteien in den folgenden Unterkapiteln.

¹⁰ Das könnte Auswirkungen auf die Beteiligung bei Gemeindevertretungswahlen gehabt haben.

sind deswegen vor allem beim Salzburger Wahlverhalten bei Landtags- und Nationalratswahlen zu erkennen. Vergleicht man hier die Wahlbeteiligung in den jeweiligen Jahrzehnten zeigt sich, dass diese in den Jahren 2000 bis 2009 im Durchschnitt um zehn Prozent niedriger lag als in den Siebziger-Jahren.

Salzburg stellt beim Rückgang der Wahlbeteiligung keine Ausnahme dar. Der Rückgang entspricht der österreichweiten Entwicklung. Bei den Nationalratswahlen sank die durchschnittliche Beteiligung von 90,1 auf 79,7 Prozent im Vergleich der beiden Jahrzehnte. Und auch die österreichische Entwicklung stellt keine Ausnahme unter den europäischen Staaten dar.¹¹ Österreich wird in der Politikwissenschaft zu einer Gruppe von europäischen Staaten gezählt, die vergleichsweise hohe Wahlbeteiligung ohne Wahlpflicht erreichen. Dazu gehören Dänemark, Deutschland, Italien, Neuseeland, die Niederlande, Norwegen und Schweden. Auch in dieser Gruppe geht die Wahlbeteiligung zurück. In den siebziger Jahren betrug die Wahlbeteiligung 88,1 Prozent, zwischen 2000 und 2009 80,4 Prozent.

	Mit Österreich vergleichbare Staaten ¹²	Österreich (Nationalrat)	Salzburg (Nationalrat)	Salzburg (Landtag)
1970 bis 1979	88,1%	92,3%	90,1%	82,9%
2000 bis 2009	80,4%	81,5%	79,3%	75,9%

¹¹ Filzmaier, P., *Ein unaufhaltsamer Sinkflug? Wahlbeteiligung in Österreich und anderswo*, in: Der WählerInnenwille, Informationen zur politischen Bildung. Bd. 27, hg. v. Forum politische Bildung (Hg.), Innsbruck, Bozen, Wien: 2007

¹² Gruppenbildung auf der Basis von: Freitag, M., *Wahlbeteiligung in westlichen Demokratien. Eine Analyse zur Erklärung von Niveauunterschieden*. In: *Schweizerische Zeitschrift für Politische Wissenschaft*. Heft 4/1996. Eigene Kalkulationen auf der Basis der Voter-Turnout Database vom International Institute For Democracy and Electoral Assistance (2011)

In der politikwissenschaftlichen Literatur gibt es eine sehr große Anzahl von Studien, in denen versucht wird, diesen Rückgang zu erklären. Zum einen gibt es theoretische Arbeiten zum anderen empirische.

In den theoretischen Arbeiten konkurrieren zwei Thesen, warum es zum Rückgang der Wahlbeteiligung kommt. Die "Normalisierungsthese" besagt, dass Zufriedenheit in der Bevölkerung die Wahlbeteiligung reduziert und politisch Uninteressierte sich kaum mehr an Wahlen beteiligen. Staaten wie Österreich passten sich dabei einem normalen Niveau der Wahlbeteiligung an, wie er in den meisten Demokratien vorzufinden sei. Die "Krisenthese" sieht die sinkende Wahlbeteiligung als Ausdruck einer Abwendung vom politischen System.¹³

Es gibt auch eine Vielzahl von empirischen Untersuchungen, bei denen die Wahlbeteiligung mit sehr verschiedenen Variablen korreliert wurde. Eine Übersicht von 83 solchen Untersuchungen wurde 2005 von Benny Geys zusammengestellt.¹⁴ Am häufigsten bestanden demnach Thesen den empirischen Test, wenn sie die Entwicklung der Wahlbeteiligung mit "Stabiler Bevölkerung", "Lagged turnout", "Campaign expenditure" und Wahlpflicht erklärten.

Ein anderer Aspekt, der nur cursorisch eingeführt wird, da er anderorts ausgearbeitet wurde: Schichtenspezifisch kann konstatiert werden, dass die Wahlbeteiligung in ökonomisch schwachen Gruppen zurückgeht, wenn das Wahlsystem kompliziert ist.¹⁵

¹³ Eilfort, M., Die Nichtwähler. Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens. Paderborn, Wien: Ferdinand Schöningh, 1994.

¹⁴ Geys, B., Explaining voter turnout: A review of aggregate-level research, in: *Electoral Studies* 25 (2006), S. 637-663.

¹⁵ Gallego, A., Understanding Unequal Turnout: Education and Voting in Comparative Perspective, in: *Electoral Studies* 29 (2010), S. 239-248.

Die Wahlbeteiligung ist demnach höher,

- wenn die Wahlberechtigten schon lange im Wahlgebiet wohnen, der Anteil der Eigenheimbesitzer hoch und die Geburtenrate höher als die Sterberate ist.
- wenn schon bisher die Wahlbeteiligung hoch war. Wer einmal wählen gegangen ist, wird dies sehr wahrscheinlich wieder tun. Wer Wahlen einmal ignoriert hat, wird sich an dieses Verhalten gewöhnen. Man kann hier von Kohortenerfahrungen sprechen.¹⁶
- wenn die Kandidierenden viel in die Wahlkampagne investieren.
- wenn Wahlpflicht besteht.

Ein Einfluss des Wahlsystems, der Anzahl der kandidierenden Parteien oder sozialer Ungleichheit auf die Wahlbeteiligung ist hingegen wesentlich umstrittener. Die Anzahl der empirischen Tests, die diesen Zusammenhang widerlegen, ist nicht vernachlässigbar.

Diese Hinweise aus der Forschung legen nahe, dass sich der Rückgang der Wahlbeteiligung in Staaten wie Österreich fortsetzen wird. Das bedeutet, dass man in Salzburg mit dem Szenario weiter sinkender Beteiligung umgehen müssen. Konkret wird dieses Szenario unterstützt durch folgende Argumente.

a) Im Analoyschluss kann angenommen werden, dass Österreich eine Entwicklung wie in vergleichbaren Staaten nehmen wird. In Staaten, die sich bislang in ähnlicher Weise wie Österreich verhalten haben, ist der Trend zu sinkender Wahlbeteiligung

¹⁶ Dieses Argument wird gestärkt durch neue Untersuchungen: Vgl. Franklin, M. N./Hobolt, S. B., Electoral Democracy in the European Union. *Electoral Studies* 30 (2011), S. 67 - 76

ungebrochen und zum Teil bereits weiter vorangeschritten.

b) Im Nachvollzug der theoretischen Debatte über Wahlbeteiligung ist bei Unterstützung beider Thesen mit sinkender Wahlbeteiligung zu rechnen. Laut "Normalisierungstheorie" hat Österreich nach wie vor eine "unnatürlich" hohe Wahlbeteiligung. Laut „Krisentheorie“ hängt die Wahlbeteiligung vom Ausmaß der politischen Unzufriedenheit ab. Es wird schlicht weniger Personen geben, die sich mit den Akteuren (Politikern und Parteien) in einer Form verbunden sehen, so dass sie diese im zivilgesellschaftlichen Diskurs verteidigen würden.¹⁷

c) Wenn empirische Untersuchungen zeigen, dass Wahlgewohnheiten ausschlaggebend sind, so bedeutet dies, dass in Salzburg Generationen mit hoher Wahldisziplin durch Generationen mit der Erfahrung der Nichtbeteiligung an Wahlen ersetzt werden.

d) Die Spezialisierung der Berufsanforderungen wird von nachrückenden Generationen höhere geographische Mobilität erzwingen als von bisherigen. Das bedeutet, dass der Anteil der Menschen ohne langfristige Erfahrungen mit lokalen Parteien und Politikern zunehmen wird. Das wird ebenfalls die Wahlbeteiligung reduzieren.

e) Eine Ausweitung der Wahlkampffinanzierung ist angesichts der Krise der öffentlichen Haushalte ebenso unwahrscheinlich wie die Wiedereinführung der Wahlpflicht.

f) Aktuelle Milieuuntersuchungen, wie sie zuletzt auch für Salzburg vorgelegt wurden, deuten auf das Anwachsen von Milieus hin, die politikfern sind. Vor allem in ökonomisch schwächeren Gruppen werden traditionelle Milieus durch neue Milieus ersetzt, die sich

¹⁷ Vgl. dazu die Entwicklung der Parteiidentifikation.

durch eine deutlich höhere Distanz zur politischen Beteiligung auszeichnen.¹⁸

Sinkende Wahlbeteiligung bedeutet den Legitimitätsverlust für demokratische Einrichtungen. Weiters konnte anhand von detaillierten Untersuchungen nachgewiesen werden, dass in Österreich vor allem die Gruppen der urbanen, weniger gebildeten und ökonomisch schwächeren Personen bei sinkender Wahlbeteiligung weniger Gewicht haben werden.¹⁹ Sie sind als Zielgruppe für die Politik kleiner als ihr Anteil an der Bevölkerung es erlauben würde.

1.2. Weiter sinkende Mitgliedszahlen in Parteien

Die Beteiligung an Wahlen nimmt allerdings in Salzburg weniger schnell ab als die Bereitschaft, in Parteien Mitglied zu werden. Die Mitgliederzahl der Sozialdemokratischen Partei sank in Salzburg von 1970 bis 2011 von 25.000 auf 8.000, die Zahl der Mitglieder in der ÖVP und ihren Bünden sank von 56.000 (1976) auf 36.000 (2011), die Anzahl der FPÖ-Mitglieder liegt wie 1970 bei rund 4.000. Die Grünen haben 2011 ca. 500 Mitglieder.²⁰

Errechnet man anhand der durchschnittlichen Mitgliedszahlen jedes Jahrzehnts einen Index, so kann man ablesen, dass die Anzahl der Mitglieder in Salzburger Parteien zwischen den 1970er-Jahren und dem ersten

¹⁸ Hofer, Karin und Wally, Stefan (2011): Die Salzburger Milieulandschaft. Salzburg: Neue Forschungsgesellschaft, 2011.

¹⁹ Vgl. die Übersicht bei Bauer, W. T., *Wenn die Wähler weniger werden. Überlegungen zum Problem der sinkenden Wahlbeteiligung*, Papier der Österreichischen Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung, 2004

²⁰ Daten zur Zahl der Parteimitglieder in Salzburg: Dachs, H., Die Salzburger Parteienarena 1975 - 1989, in: *Die Ära Haslauer*, hg. v. Dachs, H. Wien: Böhlau, 2001, S. 53-116. *Salzburger Nachrichten* 26.4.1997, 14.4. 1998 und 7.2.2011.

Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts um etwa 45 Prozent gesunken ist.

Österreich und Salzburg beginnen diesen Trend freilich auf einem sehr hohen Niveau. Die Anzahl der Parteimitglieder in Österreich liegt noch immer deutlich über den Niveau anderer Staaten Westeuropas.²¹

Die überregionale Einbettung dieses Wertes bestätigt, dass es sich auch hier um keinen Salzburger Sonderfall handelt. Die Anzahl der Parteimitglieder in Österreich ist ebenfalls deutlich gesunken, genaue Kalkulationen sind allerdings aufgrund der bündischen Struktur der ÖVP schwierig²² Der Trend liegt europaweit vor.²³ Paul Whiteley von der University of Essex untersuchte 25 Staaten der Welt für die Periode 1989 bis 1999 im Verhältnis zur Periode 1999 bis 2004 und konnte dabei in 19 sinkende Mitgliedzahlen feststellen. Die Mitgliedzahlen stiegen deutlich nur in den USA (Sonderfall der Registrierung für Vorwahlen), Japan (Umbruch des Parteiensystems nach jahrzehntelanger Dominanz der Liberaldemokraten) und der Slowakei (wiederholter Umbruch des Parteiensystems). Die deutlichsten Einbrüche gibt es in Deutschland, Finnland, Portugal und dem Vereinigten Königreich.²⁴

²¹ Mair, Peter und van Biezen, Ingrid, Party Membership in Twenty European Democracies, 1980 – 2000, in: *Party Politics* Vol. 7 No. , 1, S. 5-21, S. 9.

²² Daten zur Zahl der Parteimitglieder in Österreich: Dachs, H., *Politik in Österreich, Ein Handbuch*, Wien: Manz, 2006. Der Standard 31.10.2008.

²³ Umfangeiche Daten auch in: Saalfeld, T., *Parteien und Wahlen*, Baden-Baden: Nomos, 2007.

²⁴ Whitekey, P., *Is the Party Over? The Decline of Party Activism and Membership across the Democratic World*. Paper presented at the Panel on Party Membership and Activism in Comparative Perspective, Political Studies Association Meeting, University of Manchester, Manchester, 2009.

Gute abgesicherte und aktuelle Daten liegen für die Parteien in Deutschland vor. Die SPD verlor allein zwischen 1990 und 2010 47 Prozent der Mitglieder, die CDU 36 Prozent. In absoluten Zahlen waren dies insgesamt 725.000 Personen. Zuwachs an Mitgliedern gab es lediglich bei den Grünen, nämlich um 12.000.²⁵ Interessant ist, dass die Anzahl der Jungen in den Parteien noch schneller schrumpft als die Gesamtparteien. Waren 1990 noch 147.000 Deutsche unter 30 Jahren in CDU und SPD aktiv, so waren es 2010 nur noch 55.000. Auch das Wachstum der Grünen setzt dem nichts entgegen. Dort sind 2010 7.000 Junge unter 30 als Mitglieder registriert (Vergleichszahlen 1990 liegen nicht vor).²⁶ Daten der SPÖ Wien legen nahe, dass dieser Trend in Österreich zumindest so dramatisch vor sich geht. Der Anteil der Jungen (bis 30 Jahre) nahm im Zeitraum 1997 bis 2004 weiter ab.²⁷

Unterlegt ist der Rückgang der Parteimitglieder in Österreich mit einer generellen Abwendung von den Parteien. Wenn jemand einer Partei beitrifft, so motiviert ihn dazu einerseits ein generelles Verantwortungsgefühl als Bürger, andererseits der Wille, den Einfluss einer bestimmten Partei zu stärken, sich für die Ziele der Partei einzusetzen und die Sympathie für die Partei zu zeigen.²⁸ Die Voraussetzung dazu ist die Bereitschaft, sich öffentlich mit einer Partei zu identifizieren. Die Parteiidentifikation sank allerdings in Österreich zwischen 1969 und 2004

²⁵ Daten für Deutschland. Niedermayer, O., *Parteimitglieder in Deutschland. Version 2011*. Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 18. Berlin, 2011.

²⁶ Eigene Berechnung auf der Basis Niedermayer.

²⁷ Von 6,78 Prozent auf 3,12 Prozent. Daten nach Bauer, W. T., *Wenn die Wähler weniger werden. Überlegungen zum Problem der sinkenden Wahlbeteiligung*, Papier der Österreichischen Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung, 2004.

²⁸ Klein, Markus und Tim Spier, Parteibeitritt und Parteimitgliedschaft im Wandel, in: *Aus Politik und Zeitgeschehen* 44-45/2011, S. 33-39, S. 36.

von 75 Prozent auf 50 Prozent.²⁹ In einer vergleichenden Studie zur Lage in Deutschland, Frankreich, Finnland, Australien, Irland, Norwegen, Schweden und der Schweiz wurde festgestellt, dass sich in keinem dieser Länder so viele Bürgerinnen von keiner der Parteien gut vertreten fühlten wie in Österreich (44 Prozent).³⁰ Besonders deutlich ist die Abwendung von den Parteien bei den Jugendlichen: Konstant hatten 1989 bis 1997 lediglich 16 bis 19 Prozent der Jugendlichen gesteigertes Vertrauen in die politischen Parteien. Über die vier Untersuchungswellen war dies der geringste Wert aller befragten Einrichtungen.³¹

	Deutschland vor und nach Wieder- vereinigung)	Österreich	Salzburg
1970 bis 1979	1.600.000	1.477.000	88.000
2000 bis 2009	1.350.000	968.000	48.500

Daten: Summe der Durchschnitte der innerhalb des jeweiligen Jahrzehnts vorliegenden Jahreswerte der jeweiligen Parteien. Niedermayer (2011), Dachs (2006), Der Standard 31.10.2008, Dachs (2001), Salzburger Nachrichten 26.4.1997, 14.4.1998 und 7.2.2011.

Dass der Trend sinkender Mitgliederzahlen in Salzburg anhalten wird, ist aufgrund folgender Überlegungen mehr als nur wahrscheinlich:

- a) Österreich hat nach wie vor überdurchschnittliche Niveaus an Parteimitgliedern im Verhältnis

²⁹ Plasser, F./Ullrich, P. A., Wahlverhalten, in: *Politik in Österreich, Ein Handbuch*, hg. v. Dachs, H., Wien: Manz, 2006, S. 550-561, S. 555.

³⁰ Daten: *The Comparative Study of Electoral Systems* (www.cses.org). CSES Module 3. March 31, 2011 version.

³¹ Ullrich, P. A., Civic Democracy. Politische Beteiligung und politische Unterstützung, in: *Die Zukunft der österreichischen Demokratie*, hg. v. Pelinka, A./Plasser, F./Meixner, Wien; Signum Verlag, 2000, S.103-140, S. 123.

zur Gesamtbevölkerung. Der Wert ist in Österreich um ein Vielfaches höher als in Staaten wie Schweden, Deutschland, Frankreich oder dem Vereinigten Königreich.³²

b) Ältere Generationen mit Parteiloyalitäten werden zunehmend von jüngeren mit Parteidistanz abgelöst. Das Misstrauen gegenüber den Parteien bei jungen Menschen in Österreich ist unverändert hoch.

c) Verschiedene Studien zeigen, dass die kulturelle Einstellung gegenüber den Parteien nachhaltig distanziert ist.

1.3. Zunehmende Schwierigkeiten, Kandidatinnen und Kandidaten zu finden

Die geringere Anzahl der Parteimitglieder führt auch dazu, dass sich weniger Salzburgerinnen und Salzburger bereit erklären, als Kandidaten zur Verfügung zu stehen.

„Die Bereitschaft der Leute, sich in der Parteipolitik zu engagieren, wird immer geringer. Dieses Problem haben alle Parteien“, sagt der Mittersiller Bürgermeister Wolfgang Viertler.³³ 2007 gab es etliche Gemeinden, in denen es sehr schwierig war, geeignete Interessenten für den Ortschefposten zu finden, berichtete Gemeindebundpräsident Bgm. Helmut Mödlhammer (ÖVP). Er wisse, dass es in ganz Österreich auch immer schwieriger werde, Gemeindevertreter zu finden.³⁴ „Laut einer Umfrage des Gemeindebunds unter Österreichs

³² Daten nach Whitekey, P., *Is the Party Over? The Decline of Party Activism and Membership across the Democratic World*. Paper presented at the Panel on Party Membership and Activism in Comparative Perspective, Political Studies Association Meeting, University of Manchester, Manchester, 2009. Perspective. Political Studies Association Meeting, University of Manchester. Manchester.

³³ *Salzburger Nachrichten* 26.2.2008.

³⁴ *Salzburger Nachrichten* 24.10.2007.

Bürgermeistern gibt es in zwei von drei Gemeinden Probleme bei der Besetzung der Wahlkommissionen. 70 Prozent der Bürgermeister meinen, es werde immer schwieriger, geeignete Personen für kommunale Funktionen zu finden. 40 Prozent mussten selbst lange überredet werden, den oft unbedankten Posten zu übernehmen", so das Nachrichtenmagazin profil.³⁵

In Staaten und Regionen mit geringeren Mitgliederzahlen der Parteien kann man ablesen, was angesichts sinkender Mitgliederzahlen geschehen könnte. Ein Beispiel ist die schwach organisierte SPD in Ostdeutschland. Dort haben bereits 57 Prozent der Mitglieder ein öffentliches Amt inne. Immer mehr Parteilose sind auf den Listen der SPD zu finden, in vielen Gemeinden werden keine Listen aufgestellt. In anderen deutschen Bundesländern wurde erhoben, dass zwischen der Übernahme eines öffentlichen Amtes und dem Eintritt in eine Partei lediglich 5 bis 8 Jahre vergangen sind. In Deutschland sind 21 Prozent der BürgermeisterInnen bereits parteilos.³⁶

In Salzburg wird sich das Problem der Rekrutierung von Bürgerinnen und Bürgern für öffentliche Ämter verschärfen.

- a) Die Mitgliederzahlen sinken, es schrumpft auch das Reservoir, aus dem ausgewählt werden kann.
- b) Das kulturelle Prestige, das mit politischen Ämtern verbunden ist, ist gering und es gibt keine Hinweise, dass sich dies ändert.³⁷

³⁵ profil 4. 4. 2001

³⁶ Vgl. Holtkamp, L., *Kommunale Konkordanz- und Konkurrenzdemokratie: Parteien und Bürgermeister*. Wiesbaden: VS Verlag, 2008.

³⁷ Vgl. z. B. profil 4. 4. 2001

1.4 Zunehmend starke Schwankungen bei Wahlergebnissen

Die geringere Parteibindung spiegelt sich auch im Wahlverhalten wieder.³⁸ Immer häufiger kommt es bei Wahlergebnissen zu starken Ausschlägen. In den Jahren 2000 bis 2009 änderten sich die Wahlergebnisse der Parteien im Vergleich zur Wahl davor um zehn Prozent, stärker als dies noch in den 1970er-Jahren der Fall war. Diese Berechnung basiert auf dem Wahlverhalten der Salzburgerinnen und Salzburger bei Landtags- und Nationalratswahlen. Die theoretische Basis für die Berechnung ist der Pedersen-Index.³⁹

Der Pederson-Index addiert die Differenzen zwischen zwei Wahlen für jede Partei und dividiert sie schließlich durch zwei. Dies ergab in Salzburg in den 1970er-Jahren den Wert von 4,3 Prozent, zwischen 2000 und 2009 den Wert von 13,9 Prozent. Der massive Anstieg spiegelt sich auch bei der Auswertung den österreichweiten Nationalratswahlen wieder.⁴⁰

Auch europaweit ist die zunehmende Bereitschaft, das Wahlverhalten zu ändern, feststellbar. Das „Center für the Study of Democracy“ in Irvine veröffentlichte eine Überblicksuntersuchung, die zeigt, dass die Anzahl der Parteien, die sich stabil halten, immer geringer wird. Nur mehr jede zweite Partei auf dem europäischen Festland konnte zwischen 1970 und 1995 ihr Niveau an Mitglie-

³⁸ Ausführlich dazu: Dalton, R.J./McAllister I./Wattenberg, M.P., *The Consequences of Partisan Dealignment*, in: *Parties without Partisans, Political Change in Advanced Industrial Democracies*, hg. v. Dalton R.J./Wattenberg, M.P., Oxford: Oxford University Press, 2000, S. 37-63.

³⁹ Pedersen, M. S., *Electoral Volatility in Western Europe 1948 – 1977*, in: *European Journal of Political Research*, 7 (1979), S. 1–26.

⁴⁰ Vgl. z. B. Luther, K. R., *The Self-Sestruction of Right-Wing Populism? Austria's Election if the 24th Keele*: European Parties Research Unit, 2003.

dem halten. Zwischen 1945 und 1970 waren es immerhin noch zwei Drittel der Parteien gewesen.⁴¹

Die Zunahme der Bereitschaft, verschiedene Parteien bei aufeinanderfolgenden Wahlen zu wählen, ist auch das Ergebnis eines konstanten Meinungsumschwungs. In Österreich etwa nimmt die Anzahl der Personen kontinuierlich ab, die sagen, dass sie "immer dieselbe Partei wählen, auch wenn sie nicht vollständig mit ihr zufrieden sind." Die Anzahl sank von 65 Prozent (1969) auf 27 Prozent (2004).⁴²

Eine Studie zu politischen Einstellungen von Jungwählerinnen und Jungwählern hat 2008 darüber hinaus eine wichtige Erkenntnis empirisch abgesichert⁴³: Ein entscheidender Faktor bei der parteipolitischen Prägung ist das Elternhaus. Da aber Kinder immer seltener in parteipolitisch geprägte Familien geboren werden, entwickelt sich eine sich selbst verstärkende Spiralewirkung.

Der Trend zu häufigerem Wechsel bei Wahlen wird sich fortsetzen,

- a) weil die Bindung an Parteien allgemein abnimmt.
- b) Dazu kommt, dass ein Generationeneffekt eintreten wird. Während die Jungen sich als Wechselwähler verstehen, verschwinden sukzessive Generatio-

⁴¹ Drummond, A., *Electoral Volatility and Party Decline in Western Democracies: 1970 – 1995*. Irvine: Center for the Study of Democracy, 2002, S. 5.

⁴² Plasser F./Ulram, P. A., Wahlverhalten, in: *Politik in Österreich, Ein Handbuch*, hg. v. Dachs, H., Wien: Manz, 2006, S. 550-561, S. 555.

⁴³ Meerschitz, P., *Politische Einstellungen von Jungwählern und Jungwählerinnen in Österreich. Eine empirische Studie*, Wien: Transparenz Verlag, 2000, S. 191ff.

nen von der Bildfläche, die sich noch als Stammwähler bezeichneten.⁴⁴

1.5. Die Öffentlichkeit verliert das Interesse

Der Rückgang bei der Wahlbeteiligung, bei den Parteimitgliedschaften, der Bereitschaft für Parteien zu kandidieren und der Loyalität der WählerInnen zu Parteien darf nicht falsch interpretiert werden. Diese Entwicklungen sind nicht identisch mit der Entpolitisierung oder auch nur Abwendung von gesellschaftlichem Engagement.

Die vorliegenden Untersuchungen zeigen, dass bis etwa zum Jahr 2000 die Abwendungen von den (Groß-)Parteien von keiner generelle Abnahme der Teilnahme an politischen Beteiligungsformen und des Interesses begleitet war.

Beteiligung am politischen Prozess ist mehr als die Wahlbeteiligung. Gabriel Almond et al. ziehen zur Bewertung der Partizipation auch die Faktoren der Beteiligung an politischen Diskussionen, an Parteiaktivitäten, Bürgerinitiativen, Unterschriftensammlungen und Demonstrationen heran.⁴⁵ Tatsächlich nimmt die Partizipationsbereitschaft in bestimmter Hinsicht zu: Ende der neunziger Jahr hatte ein Fünftel der ÖsterreicherInnen bei Bürgerinitiativen mitgearbeitet oder an Demonstrationen teilgenommen, 1980 lagen diese Prozentsätze noch bei 5 bis 8 Prozent, so Ulram.⁴⁶ Auch

⁴⁴ Vergleich die Daten von Fessel-GfK, in Plasser, F. /Ulram, P. A., Hg., *Wahlverhalten in Bewegung, Analysen zur Nationalratswahl 2002*, Wien: WUV, S. 220.

⁴⁵ Almond, Gabriel, G. Binham Powell, Russel J. Dalton, Kaare Strom, *Comparative Politics Today*. New York: Longham, 2010.

⁴⁶ Ulram, P. A, *Civic Democracy. Politische Beteiligung und politische Unterstützung*, in: *Die Zukunft der österreichischen Demokratie*, hg. v.

Anton Pelinka und Sieglinde Rosenberger schreiben, dass parallel zur Abnahme der Wahlbeteiligung eine Entwicklung direkt-demokratischer Partizipation und zur sogenannten nicht konventioneller Beteiligungsformen beobachtbar sei.⁴⁷

Auch ist die geringere Beteiligung nicht als Ablehnung der Demokratie zu werten. Die Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie bleibt übersichtlich (28 Prozent 2001⁴⁸) Im internationalen Vergleich stimmen in Österreich besonders viele Menschen dem Satz "Die Demokratie ist auf jeden Fall besser als eine Diktatur" zu (93 Prozent).⁴⁹

Das politische Interesse ist in Österreich zwischen 1974 und 1999 sogar deutlich gestiegen. Sehr stark waren 1999 24 Prozent interessiert, 1974 lediglich 14 Prozent, kaum oder überhaupt nicht waren damals 47 Prozent und 1999 35 Prozent interessiert.⁵⁰

In den vergangenen Jahren verzeichnen Meinungsforscher aber auch einen deutlichen Rückgang der Aufmerksamkeit für Politik. Das IMAS-Institut fragt seit 2000 regelmäßig ab, wie sehr man sich gedanklich mit der österreichischen Innenpolitik beschäftigt. Im Jahr

Pelinka, A./Plasser, F./Meixner, Wien; Signum Verlag, 2000, S.103-140, S. 113.

⁴⁷ Pelinka, A./Rosenberger, S., *Österreichische Politik, Grundlagen – Strukturen – Trends*. 3., aktualisierte Auflage. Wien: facultas, 2007, S. 82f.

⁴⁸ Ulram, P. A., Politische Kultur der österreichischen Bevölkerung, in: *Politik in Österreich, Ein Handbuch*, hg. v. H. Dachs, Wien: Manz, 2006, S. 512-524, S. 516.

⁴⁹ Zahl aus dem Jahr 2001. Ulram, P. A., Politische Kultur der österreichischen Bevölkerung, in: *Politik in Österreich, Ein Handbuch*, hg. v. H. Dachs, Wien: Manz, 2006, S. 512-524, S. 518.

⁵⁰ Ulram, P. A., Civic Democracy. Politische Beteiligung und politische Unterstützung, in: *Die Zukunft der österreichischen Demokratie*, hg. v. Pelinka, A./Plasser, F./Meixner, Wien; Signum Verlag, 2000, S.103-140, S. 105.

2011 beschäftigten sich nur 26 Prozent "sehr stark" oder "ziemlich stark" mit der Innenpolitik. Im Jahr 2000 waren es (im Durchschnitt bei vier Befragungen) noch 48 Prozent gewesen, 2005 (zwei Befragungen) 37 Prozent.⁵¹

1.6. Die Öffnung des politischen Systems in Salzburg

Allfällige Änderungen des Parteiensystems müssen durch politische Beschlüsse herbeigeführt werden. Ein Szenario ist, dass darauf bewusst verzichtet wird. Politische Eliten könnten ein Interesse daran haben, die Teilnahme an den politischen Auseinandersetzungen begrenzt zu halten, um eigene Interessen zu verfolgen. Dies ist jedoch unwahrscheinlich, da eine weitere Abnahme der formalen Beteiligung das Risiko erhöht, dass Interessen außerhalb kontrollierbarer Strukturen artikuliert werden. Zunehmende Instabilität des politischen Systems wäre sehr unattraktiv für die verbleibenden politischen Eliten.

Daher ist es wahrscheinlich, dass die politischen Eliten Reformen des politischen Systems einleiten, die dieses erheblich verändern werden. Es wird neue Formen der Beteiligung für Nicht-Parteimitglieder innerhalb von Parteien geben, um diese zu stabilisieren. In der Folge wird diese Offenheit auf die Wahrnehmung von Ämtern, die über offene Parteilisten gewonnen werden, ausgeweitet werden.

Das Angebot der Beteiligung wird zunehmend dem Bedürfnis Rechnung tragen, dass Bürgerinnen und Bürger sich nicht mehr langfristig binden wollen. Befristete Beteiligungsmodelle in Parteien werden auf die Tagesordnung kommen.

⁵¹ IMAS, Massenflucht vor der Politik, Wien: IMAS-Report, 2011. <http://www.imas.at/index.php/de/imas-report-de/aktuelle-reports/120-imas-report-massenflucht-vor-politik>

Das bestehende Parteiensystem wird zudem von neuen Parteigründungen verändert werden. Abnehmende Parteibindungen werden populistischen Parteien oder charismatischen Persönlichkeiten den Eintritt in das politische System erleichtern, die Stabilisierung populistischer Parteien wird allerdings noch schwieriger sein als heute.

Dadurch steigt die Unsicherheit, ob eine Partei langfristig so machtvoll bleibt wie jetzt. Dies macht Parteien noch unattraktiver, weil sie ihren Mitgliedern weniger langfristige Versprechen machen können.

Um das bürgerschaftliche Engagement zu nutzen, wird es neue Beteiligungsformen geben müssen. Diese können informell sein wie Konsultationen mit Bürgerinnen, glaubwürdige Web 2.0-Formen, können aber auch formalisiert werden wie Rederechte im Landesparlament, auf Parteitag etc.

Die Wahlbeteiligung wird nicht wieder Niveaus wie in den 1970er-Jahren erreichen, dagegen sprechen die Ergebnisse der Kohortenforschung. Einziger Weg dies zu erreichen, wäre die Einführung der Wahlpflicht oder die Verbindung der Wahlen mit anderen ökonomischen Anreizen. Auch könnte es zu Vereinfachungen des Wahlvorgangs (Anzahl der Wahltermine, Flexibilität des Ortes der Stimmabgabe etc) kommen, um die Beteiligung von ökonomisch schwächeren Gruppen zu erleichtern.

2. Die Kommerzialisierung von immer mehr Lebensbereichen

Über die Erwerbsarbeit und ihren großen Stellenwert in der Gesellschaft hält die Logik der Ökonomie – eine Logik des immer Größer, immer Besser, immer Mehr – auch in den privaten Lebenswelten Einzug: Um mithalten zu können, müssen Menschen einen großen Teil ihrer Lebenszeit in den Beruf investieren; Ausbildungs-, Spezialisierungs- und Qualifizierungszeiten mitgerechnet. Gleichzeitig steigt die Erwartungshaltung auch für den privaten Bereich und für die knapp bemessene Freizeit. V. a. in den städtischen Bereichen wird die Anzahl von alleine lebenden Menschen, die nur über kleine private Netzwerke verfügen, weiter zunehmen. Durch knappe

Zeitressourcen, hohe Spezialisierungsgrade und das Wegfallen tragfähiger Netzwerke muss „Lebenskompetenz“ zugekauft werden, was einen Markt für neue (Lebens-)Angebote eröffnet. Immer mehr Bereiche Berufs- und Alltagsgestaltung werden so durch spezialisierte, den Bedürfnissen der jeweiligen Zielgruppe angepasste Marktangebote bedient.

2.1. Trendherleitung

„Die Fun-City war ein Freizeitort von enormer Dimension, eine Erlebniswelt, in der das einzige Produkt Unterhaltung hieß – und das wurde in allen Facetten angeboten, portioniert, verabreicht. In den zahlreichen und unterschiedlichsten Game-Halls, Shopping-Centers, Feeling-Clubs und Virtual-Reality-Rooms sorgten Gefühlsingenieure und Stimmungsmanager für einen Programmmix aus Spannung, Entspannung, Erotik, Exotik, Ablenkung und Kitsch. In automatisierten Exciters-Shops wurden zudem unbedenkliche Designerdrogen und Erlebnisverstärker angeboten. Virtueller Sex, virtuelle Natur, virtuelle Liebe, virtuelle Sorglosigkeit und virtuelle Mystik sowie virtuelle Religiosität wurden so zu einem realen Erlebnis, wie es die Realität nie und nimmer zu bieten vermocht hätte. Präzise und garantiert ohne Nebenwirkungen bekamen Konsumenten exakt jene Gefühle, Welten, Erlebnisse geliefert, die sie auswählten.“⁵²

Was Thomas Sautner hier in seinem Roman „Fremdes Land“ – eine düstere Sozialutopie eines Überwachungsstaates mit vielen Anknüpfungspunkten in aktuellen politischen Debatten – beschreibt, bietet ein gutes Beispiel für ein Verständnis von Kommerzialisierung: Dinge, die zuvor nicht oder nur eingeschränkt für Geld erhältlich waren, werden zu Gütern und Dienstleistungen, die nun auf dem Markt gegen Geld eingetauscht

⁵² Sautner, Thomas, Fremdes Land, Berlin 2010, 131.

werden können. Mit dieser lapidaren Definition von Kommerzialisierung will dieser Beitrag arbeiten und die oben formulierte These genauer erläutern.

2.1.1. Zwei Beispiele

a) Kommerzialisierung der Kindheit

Ein erstes Beispiel ist die „Kommerzialisierung der Kindheit“. Hier sind zwei Phänomene zu beobachten: Zum einen eine besondere, bereits vor der Geburt beginnende Förderung der Kinder. Wenn etwa werdende Eltern Dienste in Anspruch nehmen, die das noch ungeborene Kind bereits wettbewerbsfähiger machen sollen (die Palette reicht von pränataldiagnostischen Methoden, über besondere Ernährungspläne während der Schwangerschaft, bis hin zu „Pränatal-Schulen“). Zum anderen kann durch den vermehrten Einsatz von elektronischen Medien eine Veränderung im Spielverhalten der Kinder beobachtet werden, die Susan Linn in Zusammenhang mit der Spielzeug- und Medienindustrie bringt:⁵³ Neue Medien haben unbestritten positiven Einfluss auf die Entwicklung bestimmter Fähigkeiten von Kindern (logisches Denken, Verstehen von komplexen Zusammenhängen etc.).⁵⁴ Einige Studien deuten aber darauf hin, dass andere Fähigkeiten, wie die Fähigkeit zu kreativem Spiel, verloren gehen bzw. nicht entwickelt werden. Computerspiele und Fernsehen machen Kinder mehr und mehr zu nur Reagierenden anstatt zu selbstbewussten Akteuren. „Die Fähigkeit zu kreativem Spiel ist

⁵³ Vgl. den Beitrag von Linn, Susan, Der Kommerz im Leben von Kindern, in: Worldwatch Institute (Hg.), Zur Lage der Welt 2010. Einfach besser leben. Nachhaltigkeit als neuer Lebensstil, München 2010, 109-118; hier: 112.

⁵⁴ Vgl. dazu auch: Rapp, Inga, Machen Computer intelligent? Einflüsse digitaler Medien auf die Entwicklung von Kindern, Onlinequelle: <http://www.heise.de/ct/artikel/Machen-Computer-intelligent-288286.html>; 30.09.11.

entscheidend für die Fähigkeit des Menschen zu experimentieren, zu agieren statt nur zu reagieren, und sich selbst von seiner Umwelt zu unterscheiden.“⁵⁵ Somit droht durch den reinen Konsum von Zeitvertreib eine wesentliche Komponente in der Entwicklung verloren zu gehen. Pädagog/inn/en weisen darauf hin, dass diese Kinder wichtige Fähigkeiten nicht erlernen. Linn führt Studien aus den USA an, die belegen, dass Kinder (die Altersspanne bleibt Linn hier schuldig) 40 Stunden pro Woche Fernsehen.⁵⁶

b) Kommerzialisierte Partnervermittlung

Ein weiteres, bereits alltägliches Beispiel ist die Partnervermittlung im Internet: Gegen Bezahlung (zumindest bei jenen Anbietern, die für Niveau und Diskretion stehen wollen) werden Profile erstellt, die möglichst genau die Bedürfnisse der jeweiligen Person ermitteln und so eine bedürfnisgerechte Vermittlung an potenzielle Partner/innen ermöglichen. Laut einer auf 2006 zurückgehende Studie von Hans Geser bündelten an die 2700 Dating-Sites im deutschsprachigen Raum ein geschätztes Marktvolumen von 55 bis 75 Millionen Euro.⁵⁷ Der Vorteil dieser Angebote im Vergleich zur „offline-Welt“ besteht darin, dass bereits im Vorfeld Eigenschaften, Wünsche etc. abgeklärt werden können. So wird sowohl Zeit gespart als auch versucht, das Ergebnis zu optimieren. „Als ‚ineffizient‘ werden konven-

⁵⁵ Linn, Kommerz, 109.

⁵⁶ Vgl. Linn, Kommerz, 113. Vgl. auch: Conrad, Susanna, Veränderte Kindheit - andere Kinder - andere Räume - andere Möglichkeiten, Onlinepublikation: <http://www.kindergartenpaedagogik.de/940.html>; 11.10.11.

⁵⁷ Vgl. Geser, Hans, Partnerwahl Online. In: Sociology in Switzerland: Towards Cybersociety and Vireal Social Relations. Online Publikationen. Zuerich, Oktober 2006, http://socio.ch/intcom/t_hgeser15.pdf, 31.08.11.

tionelle Felder der Partnersuche vor allem deshalb empfunden, weil wechselseitige Unkenntnis darüber besteht, wer überhaupt subjektiv motiviert und objektiv dazu disponiert ist, eine exklusive Partnerbeziehung einzugehen.⁵⁸ Der Zeitfaktor scheint eine große Rolle zu spielen, zudem gibt es diverse Gründe, warum konventionelle Wege, Partner/innen zu finden, nicht mehr ausreichen.⁵⁹ Als weiterer Grund, für die hohe Attraktivität von Partnervermittlungsplattformen kann angeführt werden, dass das Feld der Partner/innen-Wahl zunehmend von einem Optimierungsdruck gekennzeichnet ist..

2.1.2. Drei Spuren

Spur 1: Hoher Stellenwert der Erwerbsarbeit ermöglicht das Eindringen der Logik der Ökonomie in den privaten Bereich

Was die beschriebenen Beispiele gemeinsam haben, ist, neben einer neuen „Machbarkeit“ durch technischen Fortschritt, die große Bedeutung der Faktoren Zeit, Leistung und Optimierung. Diese Faktoren stehen in Zusammenhang mit aktuellen Entwicklungen in unserer Gesellschaft, die uns auch in Zukunft beschäftigen werden und die vor allem mit hohen Anforderungen in einer zunehmend von der Logik der Ökonomie geprägten Welt zu tun haben.

Peter Zellmann beschreibt in seinen „Zukunftsfällen“ das Ende der klassischen Aufteilung von Arbeit und Freizeit.⁶⁰

⁵⁸ Geser, Partnerwahl, 5.

⁵⁹ Geser führt an, dass durch längere Ausbildungszeiten das Heiratsalter ansteigt wodurch traditionelle Orte, wie Schulen und Ausbildungseinrichtungen, als Orte, wo die Partnerin/der Partner gefunden wird, ausscheiden. Vgl. Geser, Partnerwahl, 4.

⁶⁰ Vgl. Zellmann, Peter, Die Zukunftsfälle. Wo sie sich verbergen. Wie wir sie umgehen, Wien 2007.

Wir leben in einer Übergangsgesellschaft, in der Freizeitorientierung einen sehr großen Wert besitzt. Gemeint ist kein hedonistisches, rein konsumorientiertes Freizeitverhalten, sondern Freizeit ist „Komplementärzeit“: „Freizeit ist demnach nicht nur Erholung von (und zur) Arbeit, Freizeit ist ein zentraler Ort identitätsstiftender Lebenspraxis geworden.“⁶¹ Die klassische Trennung von Arbeit und Freizeit wird in immer mehr Bereichen aufgeweicht und unter dem Kriterium „Lebensqualität“ neu zusammengeführt: Es entwickeln sich neue, dynamische Lebensstile, die versuchen Lebensqualität zu erhalten bzw. zu schaffen.⁶² Dabei wird auch der Begriff ‚Lebensqualität‘ inhaltlich neu besetzt: Vieles muss im Leben gleichzeitig erreichbar sein, das Leben muss zum Erlebnis werden. Dass diese Entwicklungen durch neue, oft prekäre Arbeitsverhältnisse erforderlich werden und von einem besonderen, nach wie vor ungebrochenen Stellenwert der Erwerbsarbeit gestützt werden, bleibt oft unerwähnt:⁶³ „Entgegen zahlreichen früheren Zukunftsvorstellungen und -wünschen stellt die Erwerbsarbeit nach wie vor die fundamentale Quelle sozialer Anerkennung, von Selbstwertgefühl, Identität und Sinnstiftung, von Lebensentwürfen, gesellschaftlicher Teilhabe und letztlich menschlicher Würde dar.“⁶⁴ Auch die ganz reale Angst vor dem gesellschaftlichen Abstieg in Armutsmilieus hält den Wert der Erwerbsarbeit auf hohem Niveau. Das hat seinen Preis: Aus- und Weiterbildung wird in die „Komplementärzeit“ verlagert – die

⁶¹ Zellmann, Zukunftsfällen, 10.

⁶² Vgl. Zellmann, Zukunftsfällen, 23-30.

⁶³ Vgl. den Überblick über die Auswirkungen von prekären Beschäftigungsverhältnissen bei: Schweiger, Gottfried, Arbeit im Strukturwandel, in: Böhler, Thomas u. a. (Hg.), Menschenwürdiges Arbeiten. Eine Herausforderung für Gesellschaft, Politik und Wissenschaft, Wiesbaden 2009, 56-65.

⁶⁴ Czock, Heidrun, u. a., Die Zukunft der Gesellschaft – Verwaltet oder gestaltet? In: Böllhoff, Christian, u. a. (Hg.) Der Zukunft auf der Spur. Analysen und Prognosen für Wirtschaft und Gesellschaft, Stuttgart 2009.

eigene Arbeitskraft muss für den Markt attraktiv gehalten werden.

Diese Punkte haben mit Leistung zu tun. Der Begriff der „Leistungsgesellschaft“, so Zellmann, bilde laut einer Umfrage unsere „gesellschaftliche Realität“ am besten ab.⁶⁵ Die Kehrseite ist ein starkes „Wellness-Bedürfnis“ der Menschen, aber auch ein Bedürfnis nach Sinn. Zellmann beschreibt Wellness- und Sinnorientierung als die Trends der nächsten Jahre. Sie lösen eine übermäßig ausgeprägte Konsumhaltung bzw. Erlebnisorientierung ab.⁶⁶

Dass ein Mehr an Wellness- bzw. Sinnorientierung die Konsum- und Erlebnisorientierung tatsächlich ablösen wird, darf bezweifelt werden. Vielmehr werden diese Trends miteinander verschmelzen – so die These dieses Beitrags: Der Konsum – also der Erwerb von Gütern und Dienstleistungen – wird in den nächsten Jahrendurch den hohen Wert, den Zeit in einer Leistungsgesellschaft besitzt, auch auf andere Lebensbereiche übergreifen. Es wird eine gesellschaftliche Schicht geben, die ihre Bedürfnisse (auch nach Erholung und Sinn) auf hohem Niveau befriedigen will. Aufgrund von Zeitmangel (Zeitmangel führt dazu, dass gewisse Fähigkeiten entweder nicht erlernt oder nicht angewendet werden können), wird „Lebenskompetenz“ für unterschiedliche Bereiche zugekauft werden müssen.

Spur 2: Veränderung in der individuellen Priorisierung ermöglicht neue „Lebenskompetenz-Angebote“

Auf der Angebots-Seite bietet eine immer ausdifferenziertere, spezialisierte Gesellschaft mehr Platz für ein

⁶⁵ Vgl. Zellmann, Zukunftsfallen, 22. Laut einer nicht näher beschriebenen Umfrage beschreiben zwei Drittel der Befragten unsere Gesellschaft mit dem Begriff ‚Leistungsgesellschaft‘.

⁶⁶ Vgl. Zellmann, Zukunftsfallen, 31.

neues Expert/inn/entum, das sein Wissen nutzt, um wirtschaftlichen Profit daraus zu ziehen: Neue Marktangebote versprechen durch den Verweis auf besondere Professionalität die bestmögliche Bearbeitung des jeweiligen Themas und füllen so eine (reale oder generierte) Bedarfs- und Bedürfnislücke.

Beispielhaft soll noch einmal versucht werden, mögliche Entwicklungstendenzen nachzuzeichnen: Der Druck, im eigenen Erwerbsarbeitsbereich gute Ergebnisse zu erzielen steigt beständig. Schul- und Berufsbildung konzentriert sich zunehmend auf die Vermittlung ganz bestimmter Skills (Ausbildung) und geht weg vom Angebot einer möglichst breiten Bildung.⁶⁷ Im Berufsalltag heißt das: ständig am Ball bleiben zu müssen. Für den Blick über den eigenen fachlichen Tellerrand fehlt immer häufiger die Zeit. Auch die Zeit für „Alltägliches“ muss gut eingeteilt werden. Manches kann (aufgrund fehlenden Wissens bzw. fehlender Zeit) nicht mehr persönlich „erledigt“ werden. Das muss nicht unbedingt zu einem subjektiv gefühlten Zeitmangel führen. 40,3% der Österreicherinnen und Österreicher stimmen der Aussage „Ich wünsche mir mehr Zeit für mich selbst“ nicht zu. Die Liste jener Personengruppen oder Tätigkeiten, für die „in den letzten vier Wochen nicht ausreichend Zeit zur Verfügung gestanden“ ist, wird angeführt von „ehrenamtlichen Tätigkeiten“ (15,6%), „persönlichen Interessen“ (7,6%) und sonstigen Familienangehörigen (6,6%).⁶⁸ Diese Gegenüberstellung lässt den Schluss auf andere Wertigkeiten in der Zeitplanung zu. Hätten die Menschen mehr Zeit zur

⁶⁷ Vgl. Liessmann, Konrad P., Theorie der Unbildung. Die Irrtümer der Wissensgesellschaft, München 2008, 34f.

⁶⁸ Vgl. Statistik Austria, Zeitwohlstand 2008/09, http://www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/zeitverwendung/zeitwohlstand/index.html; 31.08.11. Die Antwortmöglichkeiten waren in eine fünfstufige Skala zwischen „ausreichend“ und „nicht ausreichend“ gegliedert.

Verfügung, würden sie mehr Zeit für ehrenamtliche Tätigkeiten, dem Nachgehen persönlicher Interessen oder der Kontaktpflege mit Familienangehörigen außerhalb der Kernfamilie widmen. Aufgrund der tatsächlichen Zeitsituation werden andere Tätigkeiten priorisiert, d. h. auch höher bewertet.

Spur 3: Wegbrechen der Netzwerke durch Individualisierung und zunehmendem Abbau von langfristigen, tragfähigen Netzwerken

Auch die Lebensformen der Menschen ändern sich – wahrscheinlich rückgekoppelt an die Entwicklungen in der Erwerbsarbeitswelt und die Bedingungen der Leistungsorientierung. Laut Erhebungen der Statistik Austria aus dem Jahr 2007 ist die Zahl der Personen in Singlehaushalten im Vergleich zu 1985 um 61% auf 1,24 Millionen gestiegen. Ein Achtel davon (12,8%, 354.000 Personen) fällt in die Altersgruppe der 15- bis 39-Jährigen.⁶⁹ Zwangsläufig wird diese „Vereinzelung“ Auswirkungen auf bisher funktionierende, tragfähige soziale Netzwerke zeigen: Familienstrukturen, Freundeskreise und Nachbarschaftsnetzwerke werden sich umstrukturieren. Die Zahl jener Menschen, die in besonderen Bedarfssituationen auf helfende familiäre Netzwerke zurückgreifen können, wird abnehmen, bzw. werden diese Netzwerke anders aussehen als heute. Die betroffenen Menschen müssen andere Formen finden, um Ausfälle familiärer Netzwerke zu kompensieren bzw. in andere Netzwerke investieren. Hier kann ein neuer Markt entstehen, wo eingekauft werden kann, was bisher durch soziale Netzwerke kostenlos abgedeckt war: Rundumpackages für werdende bzw. Eltern mit Neugeborenen, „Partnervermittlung mit Niveau“,

⁶⁹ Vgl. Statistik Austria 9.147-116/08, http://www.statistik.at/web_de/dynamic/statistiken/bevoelkerung/hushalte_familien_lebensformen/031187; 31.08.11

Weddingplaner, Versicherungen, die mit All-In-Packages versuchen, Übergangssituationen im Leben des Menschen (Trennungen, Verlusterfahrungen, Lebensende) abzufedern, sind vorstellbar oder bereits Realität.

2.2. Auswirkungen

Anonymes Dorf im Dorf: Die Kommerzialisierung von Lebensbereichen wird zunächst in städtischen Bereichen sichtbar werden, wo soziale Bindungen generell loser gestaltet sind und deshalb auch der Zukaufbedarf größer sein wird. Aber auch in ländlichen Bereichen in Stadtnähe, die als attraktiver Wohnraum gehandelt werden, werden sich Strukturen ändern. Es wird zur Entstehung von anonymen Siedlungen kommen, in denen die Menschen wohnen und teilweise ihre Komplementärzeit verbringen. Ihr Interesse, sich am Gemeinschaftsleben vor Ort zu beteiligen wird relativ gering sein.

Strukturveränderung für freiwilliges Engagement

Derzeit ist die Bereitschaft, sich für die Gemeinschaft zu engagieren noch relativ hoch. 2011, im Jahr der Freiwilligenarbeit, arbeiten rund drei Millionen Österreicher/innen 720 Millionen Stunden pro Jahr „ehrenamtlich“ für eine Organisation. Dabei liegt Österreich im EU Spitzenfeld.⁷⁰ Diese Zahl zeugt von einem sehr hohen Stellenwert von Gemeinschaft und Gemeinwohl. In den kommenden Jahren wird relevant sein, ob und wie sich diese Einstellungen ändern, wenn die „Komplementärzeit“ zur Arbeit immer mehr von ökonomischen Zwängen

⁷⁰ Vgl. eine Studie der FH Salzburg – hier zitiert nach: Österreichs Ehrenamtliche sind EU Spitzenreiter, in: Der Standard online: <http://derstandard.at/1293370065328/Freiwillige-Arbeit-Oesterreichs-Ehrenamtliche-sind-EU-Spitzenreiter>, 31.08.11.

bestimmt wird. Vielleicht wird man zwischen eigennützi-ger und uneigennützi-ger Freiwilligenarbeit unterscheiden. Das wird einen höheren Druck auf Institutionen zur Folge haben, die auf Freiwilligenarbeit angewiesen sind. Die Arbeit muss so gestaltet werden, dass sie attraktiv ist und auch den Freiwilligen nützt, bzw. muss sie eine gewisse „Erlebnisqualität“ besitzen.

Geteilte Gesellschaft

In erster Linie ist es die Logik der Ökonomie und erst in zweiter Linie die Kommerzialisierung der Lebensbereiche, die auch die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößern wird. Nicht jeder wird für die Leistungsanforderungen und das Optimierungs-Paradigma stark genug sein. Trotz des eben dargelegten hohen Wertes der Erwerbsarbeit wird eine große Zahl der Menschen mit kürzeren und längeren Phasen der Erwerbsarbeitslosigkeit umgehen müssen. Viele werden auch über zu wenige monetäre Mittel verfügen, um die neuen Angebote nutzen zu können.

Eine zunehmende Kommerzialisierung der Lebensbereiche birgt die Gefahr in sich, dass durch steigende Ungleichheit der soziale Kitt der Gesellschaft verloren geht und somit auch ein Gefahrenpotenzial für im Hinblick auf die Stabilität demokratischer Prozesse entsteht. „Die Demokratie verpflichtet uns zu viel mehr Solidarität und zu einem viel stärkeren wechselseitigen Engagement für das gemeinsame politische Unternehmen, als von den auf hierarchische Ordnung und Unterwerfung gegründeten Gesellschaften früherer Zeiten verlangt wurde“⁷¹, schreibt der kanadische Philosoph Charles Taylor. Doch warum noch solidarisch sein, wenn die Lebensqualität durch individuelle

⁷¹ Taylor, Charles, Für einen neuen Säkularismus, in: Transit (39/2010), 5-28; hier: 15.

Konsummöglichkeiten immer unabhängiger von Umwelt-Faktoren wird? Mögliche Antworten auf diese Frage werden die Zukunft demokratischer Gesellschaften wesentlich mitprägen.

2.3. Handlungsoptionen

Reflexionsprozesse ermöglichen: Die oberste Handlungsmaxime im Hinblick auf künftige Entwicklungen ist und bleibt Achtsamkeit. Das Bild vom Menschen in unseren Köpfen lässt sich in den Werten, die wir leben wiederfinden. Wenn wir es verändern, ändern sich auch die Werte. Die Entscheidung, ob die jeweiligen Entwicklungen gut oder schlecht sind, kann uns niemand abnehmen. Die Zeit zur Reflexion dafür sollten wir uns nehmen, um uns nicht von der Geschwindigkeit der neuen Zeit überrollen zu lassen.

Freiräume für Kreativität schaffen: Gefahren liegen vielleicht weniger in der Kommerzialisierung von Lebensbereichen, als vielmehr in der daraus folgenden Beschränkung der menschlichen Fähigkeiten und Anlagen, sowie der menschlichen Freiheit, wie am Beispiel der Kommerzialisierung der Kindheit deutlich wird. Der Mensch braucht Freiheiten, um seine Kreativität leben zu können. Kreativität ist Zukunftskompetenz. Ein besonderes Augenmerk muss daher auf die Förderung von „Kreativitätsräumen“ gelegt werden.

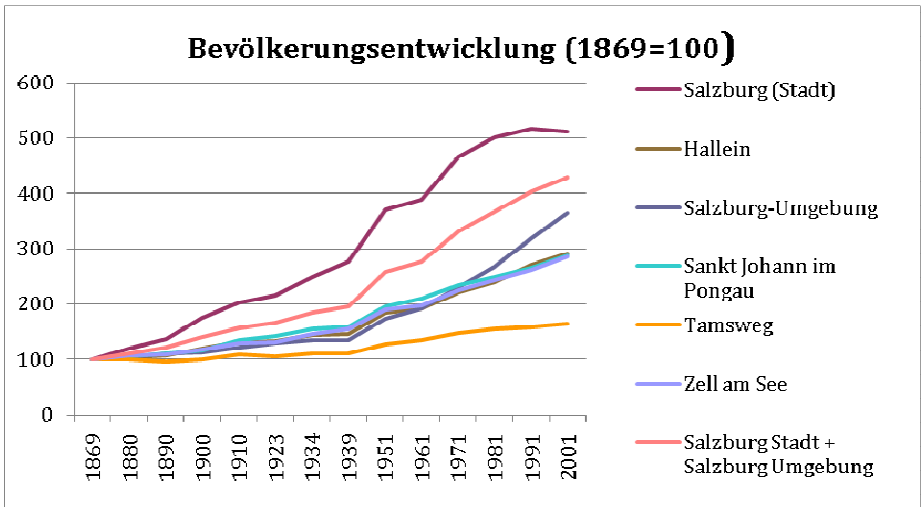
Neue Formen der Arbeit erproben: Erwerbsarbeit passiert heute oft unter großem existentiellen Druck. Zukunft positiv zu gestalten heißt auch, diesen Druck zu mindern und dadurch neue Freiräume zu schaffen. Eine Neubewertung von (Erwerbs-)Arbeit und die Honorierung von Formen der Arbeit für das Gemeinwesen sind dringend erforderlich.

Dadurch entstehen ganz neue Möglichkeiten für gesellschaftliches Engagement. Menschen, die wissen,

was sie gerne tun, können dieses Wissen auch gewinnbringend für die Gesellschaft einbringen.⁷²

Priorität der Benachteiligten: Die Kommerzialisierung der Lebensbereiche führt unweigerlich zu einer Ökonomisierung: Lebenskompetenz-Angebote unterliegen den Spielregeln des Marktes. Dabei kommt es zu einem neuen Ausschlussverfahren gegenüber von Armut betroffene Personengruppen. Im Sinne einer Sicherung von Lebenszufriedenheit und Lebensqualität müssen diese Personengruppen einen besonderen Schutz erfahren, um auch sozialpolitisch einer Zwei-Klassen-Gesellschaft entgegenzuwirken.

⁷² Vgl. die Theorie zum Sozialkapital: Eine Zusammenfassung: Deindl, Christian, Soziale Netzwerke und soziales Kapital. Einflüsse auf Lebenszufriedenheit und Vertrauen, Diskussionspapier der Arbeitsgruppe Arbeit, Generationen und Sozialstruktur der Universität Zürich, 2005. online: <http://www.suz.uzh.ch/ages/pages/PAGES-05.pdf>; 11.10.11.



Quelle: Statistik Austria⁷³

3. Regionale Disparitäten in Salzburg nehmen zu

Die Frage, wie sich räumliche Strukturen in der Zukunft entwickeln werden, ist hoch komplex, da diese von einer Vielzahl von Faktoren beeinflusst werden. Historisch waren es häufig technologische Entwicklungen, die die räumliche Organisation von Gesellschaften revolutioniert haben. Basisinnovationen wie die Eisenbahn, die Elektrizität und später das Automobil oder Informations- und Kommunikationstechnologien haben die Art, wie wir leben und arbeiten, tiefgreifend verändert. Mit der

⁷³http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/volkszaehlungen_registerzaehlungen/index.html (1.9.2011)

industriellen Revolution und der Nutzung fossiler Energieträger wurde es möglich, große energieintensive Produktionsstätten zu errichten, was Wanderungsbewegungen von ländlichen Regionen in die entstehenden Industriestädte auslöste. Technologische Entwicklungen sind immer in gesellschaftliche und politische Zusammenhänge eingebettet. Damit die Industrialisierung in England in Gang kommen konnte, bedurfte es nicht nur der Dampfmaschine, sondern wesentlich der Einhegungen von landwirtschaftlichem Grund und Boden durch den englischen Adel, die Bauern um ihr Land brachte und so ein riesiges Arbeitskräftereservoir schuf, das in die Städte strömte und das Industrieproletariat bildete. Seit der industriellen Revolution prägen Investitionsentscheidungen von privaten Unternehmen maßgeblich den sozialen Raum. Wo investiert wird, entstehen Arbeitsplätze und werden Gewinne erzielt, Steuern gezahlt und damit öffentliche Infrastrukturen ausgebaut. Wo nicht investiert wird, verfallen gewachsenen Strukturen.

In modernen Wohlfahrtsstaaten wird die räumliche Entwicklung nicht allein den Marktkräften überlassen. Ein Vielzahl von rechtlichen Bestimmungen greifen steuernd in das Marktgeschehen ein: die Flächenwidmung gibt vor, wo Produktionsstätten errichtet werden können, weist Schutz- und Wohngebiete aus. Finanzausgleichsregelungen sorgen dafür, dass Steuergelder aus wirtschaftsstarken Regionen in Peripherien fließen, damit auch dort Gemeindeämter, Schulen und Krankenhäuser finanziert werden können.

Im österreichischen Bundesstaat mit seinem föderalen System, geprägt von zwei Großparteien, wovon die eine ihre Hausmacht in den Städten, die andere am Land hat, hat sich ein ausbalanciertes System entwickelt, das ländliche Strukturen über Jahrzehnte zu konservieren versuchte. In den letzten Jahren wird dieser Konsens brüchig: es ist nicht mehr selbstverständlich, dass in

jeder Kleingemeinde ein Postamt betrieben wird, dass die ÖBB Nebenbahnen unterhält. Die Ausdünnung des ländlichen Raums wird zwar routiniert beklagt, etwas dagegen zu unternehmen scheint jedoch keine politische Priorität zu sein. In diesem Beitrag vertreten wir die These, dass sich der Trend zu zunehmenden Polarisierung zwischen städtischen Zentren und ländlichen Regionen verschärfen wird, was im Wesentlichen auf drei Ursachenkomplexe zurückzuführen ist, die in der Folge erläutert werden.

Erstens verändert der europäische Binnenmarkt die Spielregeln. Unternehmen konkurrieren zunehmend international, und ballen sich, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, in städtischen Zentren. Dies führt wiederum zu zentripetalen Migrationsströmen. Zweitens scheint sich die Politik von ihrer ausgleichsorientierten Regionalpolitik schleichend zu verabschieden. Drittens, werden diese Entwicklungen von weiteren sozialen und technologischen Trends modifiziert, die der Tendenz nach ebenfalls weitere Urbanisierung erwarten lassen.

3.1. Konvergenz und Divergenz

Das Gefühl, der ländlichen Raum und die ländliche Lebensweise seien ständig in ihrer Existenz bedroht, ist ein allgegenwärtiger Topos in der österreichischen politischen Debatte. Innerhalb der Regionalökonomie, jenem Teil der Wirtschaftswissenschaften, der sich mit räumlichen Fragestellungen beschäftigt, werden die Entwicklungschancen peripherer Regionen keineswegs so einheitlich negativ gesehen. Es gibt vielmehr konkurrierende Positionen, die zu sehr unterschiedlichen Einschätzungen über die langfristige Entwicklung wirtschaftsräumlicher Strukturen gelangen.

Die neoklassische Theorie der Regionalökonomie, die lange ziemlich uneingeschränkt dominierte, geht langfristig von einem Ausgleich von Entwicklungsunterschieden zwischen Zentren und Peripherien aus. Räumliche Disparitäten seien nur temporäre Phänomene, die nach einiger Zeit verschwinden, wenn die Marktkräfte ungestört wirken können⁷⁴. Warum sollte das so sein? Neoklassiker argumentieren mit einem einfachen Zwei-Regionen Modell, um die ausgleichende Wirkung des Marktes zu demonstrieren. Region A sei eine zentrale, wohlhabende Region, in der viele Unternehmen ansässig sind. Diese konkurrieren um eine begrenzte Anzahl von Arbeitskräften, was zu einem hohen Lohnniveau und entsprechend geringeren Profiten führt. Die periphere Region B sei durch eine geringe Zahl von Unternehmen und einen Überschuss an Arbeitskräften geprägt. Hier ist die Situation genau umgekehrt: Viele ArbeitnehmerInnen konkurrieren um Jobs, was das Lohnniveau drückt und den wenigen Unternehmen hohe Gewinne ermöglicht. Sind nun Kapital und Arbeitskräfte mobil, was in einem gemeinsamen Markt prinzipiell zutrifft, werden Unternehmen von Region A nach Region B wandern, um höhere Profite zu erzielen, also vom Zentrum in die Peripherie. Umgekehrt werden ArbeitnehmerInnen in der Hoffnung auf höhere Löhne von der Peripherie ins Zentrum wandern. Diese gegensätzlichen Migrationsbewegungen werden, so die Neoklassiker, solange anhalten, bis ein Gleichgewicht erreicht ist und in beiden Regionen das gleiche Lohnniveau und die gleiche Kapitalverzinsung gegeben sind.⁷⁵

⁷⁴ Maier, G./Tödfling, F., Regional- und Stadtökonomik 2, Regionalentwicklung und Regionalpolitik, Wien, New York: Springer, 2002.

⁷⁵ Da in der EU freier Kapital- und Personenverkehr herrschen, beschränken wir uns hier auf eine Darstellung von Ausgleichsprozessen bei Faktomobilität. Die neoklassische Handelstheorie argumentiert, dass Ausgleichsbewegungen auch einzig durch Handel und

Ein grober Blick auf die Weltwirtschaft lässt diese Vorstellung als nicht unrealistisch erscheinen, haben doch Länder Ost- und Südasiens vom Kapitalzufluss aus den Industrieländern profitiert und einen stetigen Wohlstandszuwachs erfahren. Das Beispiel Afrika wiederum zeigt, dass Ausgleichsprozesse nicht das einzig mögliche Ergebnis wirtschaftlicher Integration sind, sondern es auch zum Auseinanderdriften von Zentren und Peripherien kommen kann. Auch innerstaatlich – und und hier sind wir beim eigentlichen Thema des Beitrags, den Ungleichgewichten zwischen Stadt – Land – sind derart reibungslose Ausgleichprozesse kaum zu beobachten.

Die Polarisierungstheorie⁷⁶ vertritt die Gegenposition zur Neoklassik. Sie geht davon aus, dass entfesselte Marktkräfte keineswegs zum Ausgleich bestehender Entwicklungsunterschiede führen, sondern diese noch verstärken. Nur durch gezielte politische Intervention könne räumliche Polarisierung verhindert werden. Gunnar Myrdal argumentiert mit dem Konzept der kumulativ-zirkulären Verursachung und zeigt an einem suggestiven Beispiel, warum seiner Meinung nach räumliche Divergenz die Regel und nicht die Ausnahme darstellt. Stellen wir uns eine periphere Region vor, in der ein großer Teil der Bevölkerung in einem Betrieb arbeitet. Schließt dieser Betrieb, werden die Beschäftigten arbeitslos. Dies führt zu einem Nachfragerückgang, da die Arbeitslosen weniger ausgeben können, was sich unmittelbar auf die

Spezialisierung erreicht werden können, selbst wenn keine Faktormobilität besteht, also Kapital und Arbeitskräfte immobil sind.

⁷⁶ Hirschman, A., *The Strategy of Economic Development*, New Haven: Yale University Press, 1958; Myrdal, G., *Ökonomische Theorie und unterentwickelte Regionen*, Frankfurt am Main: Fischer, 1974.

lokale Wirtschaft, z. B. Geschäfte, Gasthäuser auswirkt. Diese Betriebe werden in der Folge ebenfalls MitarbeiterInnen entlassen, was die lokale Nachfrage weiter schwächt. Einige der Arbeitslosen werden die Region verlassen – die lokale Nachfrage sinkt weiter. Die wirtschaftliche Krise hat die Region erfasst, was zu sinkenden Steuereinnahmen führt, wodurch wiederum die öffentliche und soziale Infrastruktur unter Druck gerät und zu verfallen droht. Das Image der Region verfällt und immer mehr Junge und gut ausgebildete BewohnerInnen suchen ihr Glück woanders. Zurück bleibt eine erschöpfte Region ohne Entwicklungsperspektiven. Mag dieses Beispiel auch überzeichnet erscheinen, so beschreibt es die Entwicklung vieler alter Industriegebiete in Europa und Nordamerika sehr treffend, z. B. den Verfall Detroits, des Ruhrgebiets und des Saarlands oder der Mur-Mürz-Furche. Auch das österreichische Grenzgebiet, das Mühlviertel und das Waldviertel und einige inneralpine Regionen, etwa der Lungau, sind von derartigen Tendenzen betroffen.

3.2. Warum kommt es nicht zum Ausgleich?

Warum werden Unternehmen aber nicht ab einem gewissen Zeitpunkt vom niedrigeren Lohnniveau in den Peripherien angezogen und kehren den Städten den Rücken? Was macht den Vorteil der Agglomerationen aus, wo die Löhne hoch und die Grundstücke teuer sind?

Der Ökonom Paul Krugman⁷⁷ gilt als Begründer der New Economic Geography, die zeigt, dass es für streng nutzenmaximierende Unternehmen rational ist, in teure Ballungsräume zu ziehen, statt in günstigere periphere Lagen. Das liegt daran, dass in Agglomerationen

⁷⁷ Krugman, P., *Development, Geography and Economic Theory*, Cambridge, London: MIT Press, 1995.

positive externe Effekte entstehen, die den Nachteil hoher Faktorkosten überkompensieren. Durch die Ballung von Unternehmen und Arbeitskräften entsteht ein differenzierter Arbeitsmarkt, auf dem vielfältige Fähigkeiten verfügbar sind. Arbeitskräfte haben die Möglichkeit, zwischen verschiedenen Arbeitgebern zu wählen, nehmen ihr Wissen mit und sorgen so für die Verbreitung von Know how. Dieses implizite Wissen der Arbeitskräfte ist wenig mobil, da sich die Arbeitsplatzsuche in der Regel auf eine relativ eng begrenzte Region beschränkt. Weitere Vorteile der Ballung liegen in der dynamisierenden Wirkung des Wettbewerbs, der in Agglomerationen ausgeprägter ist als in dünn besiedelten Gebieten. Michael Porter⁷⁸, zentraler Vertreter der Clustertheorie, betont speziell diesen Wettbewerbsaspekt, der Unternehmen in Agglomerationen dazu zwingt, ständig zu innovieren und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Es ist jedoch nicht nur die Konkurrenz, die urbane Ökonomien leistungsfähiger macht. Agglomerationen ermöglichen außerdem kooperatives Verhalten. Aufgrund der vielfältigen Wirtschaftsstruktur von Städten finden hier Produzenten und Kunden leichter zusammen und gerade der enge Austausch zwischen diesen erweist sich als innovationsfördernd. Selbiges gilt für den Austausch mit Bildungs- und Forschungseinrichtungen, die sich vor allem in Städten finden.

Diese Agglomerationsvorteile sind wichtige Variablen, die zur Erklärung der räumlich Ballung von Wirtschaftsaktivitäten im Kapitalismus beitragen. Politökonomische Ansätze betonen darüber hinaus die Bedeutung von Interessenspolitik, die räumliche Entwicklung auf elementare Weise prägt (vgl. Maier und

⁷⁸ Porter, M., *The Competitive Advantage of Nations*, New York: The Free Press, 1990.

Tödting 2002). So seien es nicht rein ökonomische Gesetze, die ein bestimmtes räumliches Muster hervorbringen, räumliche Konfigurationen seien vielmehr Ergebnis sozialer Auseinandersetzungen zwischen Arbeit und Kapital, unterschiedlichen Kapitalfraktionen und anderen gesellschaftlichen Akteuren, dem Staat, NGOs und sozialen Bewegungen. Dass diese Auseinandersetzung eine wichtige Rolle spielen, wird etwa am Beispiel des Gebietsschutzes deutlich. Ein bestimmtes politisches Kräfteverhältnis hat – bleiben wir in Österreich – etwa den Bau des Kernkraftwerks Zwentendorf verhindert, oder die Salzburger Grünraumdeklaration ermöglicht. Aus politökonomischer Sicht ist damit auch die Frage, ob es zu räumlicher Ballung oder zum Ausgleich kommt, eine Frage von politischen Kräfteverhältnissen; die räumliche Entwicklung folgt demnach nicht einem linearen Trend, getrieben durch sich entfaltende Marktkräfte, sondern ist prinzipiell gestaltbar.

3.3. Stadt-Land Disparitäten im Bundesland Salzburg

Wie hat sich das Verhältnis zwischen den zentralen Landesteilen und den Gebirgsgauen im Bundesland Salzburg in den letzten Jahrzehnten entwickelt und welche Schlüssen können für die Zukunft gezogen werden?

Die Bevölkerung im Bundesland Salzburg hat seit Beginn der Volkszählungen im Jahr 1869 stark zugenommen. Das Bevölkerungswachstum ist jedoch räumlich sehr ungleich verteilt. Während sich die Einwohnerzahl Salzburgs in dieser Periode mehr als verfünffacht hat, wuchs sie im Lungau (Bezirk Tamsweg) lediglich um 64%. Die Wachstumsdynamik in der Stadt Salzburg war zwischen 1939 und 1971 am stärksten, seitdem aber stagniert die Bevölkerung der Landeshauptstadt. Dieser Umstand sollte jedoch nicht als ein Nachlassen der Attraktivität der Stadt missverstanden werden, sind es

doch die unmittelbar an die Hauptstadt angrenzenden Bezirke, deren Bevölkerung seit den 1970er am stärksten zunimmt. Grenzt man die Stadtregion etwas weiter ab und definiert die Stadt Salzburg und den Bezirk Salzburg und Umgebung als den Agglomerationsraum, dann wird deutlich, dass dieser ununterbrochen das stärkste Bevölkerungswachstum verzeichnet⁷⁹.

Die absolute Bevölkerungsveränderung ist bereits ein erster Hinweis auf die Attraktivität der urbanen und suburbanen Raumes und der vergleichsweise geringen Dynamik in den Gebirgsgegenden. Sie zeigt jedoch nicht, dass das starke Bevölkerungswachstum im Zentralraum überwiegend durch Zuwanderung (Binnenwanderung und internationale Migration) zu erklären ist, während vor allem der Lungau von einer starken Abwanderung betroffen ist. Die Migrationsforschung hat gezeigt, dass Migrationsverhalten sozial differenziert ist. Tendenziell wandern mehr Junge als Alte, mehr besser ausgebildete als niedrigqualifizierte Menschen. Diese selektiven Wanderungsprozesse stärken in der Tendenz die städtischen Zuwanderungsgebiete, während die Entwicklungspotenziale peripherer Regionen geschwächt werden.

3.4. Das Auseinanderdriften wird sich beschleunigen

Wie wir gesehen haben, ist das stärkere Bevölkerungswachstum im Zentralraum keine neue Entwicklung, sondern ein lange andauernder Prozess, gekennzeichnet durch Phasen stärkerer und schwächerer Intensität.

⁷⁹ Aufgrund der schwierigen Datenlage beschränken wir uns in diesem Text auf eine stark vereinfachte Abgrenzung des Agglomerationsraums. Eine Abgrenzung der Agglomeration nach funktionalen Kriterien wie der Größe des lokalen Arbeitsmarkts bzw. der Pendelverflechtungen würde weitere Salzburger und bayrische Gemeinden umfassen und die Dominanz des Zentralraums noch stärker unterstreichen.

Durch die Veränderung verschiedener Rahmenbedingungen erscheint es als wahrscheinlich, dass diese räumlich ungleiche, zentripetale Entwicklung in den nächsten zwei Jahrzehnten erneut an Dynamik gewinnen wird.

a. Europäische Integration

Durch die Schaffung des europäischen Binnenmarktes hat sich der kleine österreichische Markt internationalisiert, wodurch auch die Absatzmärkte und der Arbeitsmarkt für Salzburger Firmen gewachsen sind. Aufgrund der zuvor diskutierten positiven externen Effekte in Städten (Agglomerationsvorteile) ist es wahrscheinlich, dass ein größeres Hinterland, Investitionen und damit das Wachstum von etablierten Zentren begünstigt. Große Binnenmärkte bringen große Städte hervor: Wien hatte zu Zeiten der Donaumonarchie über zwei Millionen Einwohner, schrumpfte bis in die 1990er-Jahre auf gut 1,5 Millionen und verzeichnet seit EU Integration und Osterweiterung eine starke Wachstumsphase. Ähnliches ist für den Agglomerationsraum Salzburg zu erwarten, dessen starke lokale Ökonomie eine Sogwirkung auf die Gebirgsgaue und Teile des angrenzenden Oberösterreichs und Bayern entwickelt.

b. Wissensökonomie

Der ökonomische Strukturwandel der letzten Jahrzehnte deutet ebenfalls auf eine wachsende Bedeutung der Städte hin. Nach dem zweiten Weltkrieg durchlief Österreich eine Phase nachholender Industrialisierung, die das Land an das Entwicklungsniveau anderer westlicher Industrieländer heranführte. Die Unternehmen setzten auf etablierte Technologien, die adaptiert und verbessert wurden. Die Qualifikationsanforderungen der Unternehmen waren im Vergleich zur gegenwärtigen Situation gering, weshalb Industriebetriebe relativ problemlos arbeitsintensive Fertigungsschritte in nationale Peripherien mit niedrigem Lohnniveau verlagern

konnten. Mit der zunehmenden Internationalisierung der Wirtschaft und dem Eintritt neuer Konkurrenten in den Weltmarkt in den 1970er-Jahren relativierten sich Österreichs Vorteile in mittleren Technologiesegumenten. Seit damals versuchen Industrieländer den Sprung zu einem stärker wissens- und innovationsgetriebenen Wachstumsmodell mit höherem Dienstleistungsanteil zu schaffen. Voraussetzung dafür sind wachsende Ausgaben für Forschung und Entwicklung, sowohl des Staates als auch der Unternehmen, Kooperationen zwischen Betrieben und Forschungseinrichtungen, ein höheres Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte und Firmengründungen in zukunftssträchtigen Technologiebranchen. Wie sich unschwer erkennen lässt, sind Städte mit ihren Universitäten und Bildungseinrichtungen dafür in einer besseren Ausgangsposition als periphere Regionen. Umso mehr als sich gezeigt hat, dass Kooperation auf face-to-face-Kontakt und damit räumlicher Nähe beruht.

c. Clusterpolitik statt ausgleichsorientierter Regionalpolitik

Die Einsicht, dass Wachstumsimpulse und ökonomischer Strukturwandel von urbanen Zentren ausgehen, hat zu einem Umdenken in der Regionalpolitik geführt. Stand bis in die 1970er-Jahre der Ausgleichsgedanke im Vordergrund, so wurde seit damals verstärkt nach der Effizienz regionalpolitischer Interventionen gefragt. Bringt Wirtschaftsförderung in peripheren Regionen nicht nur vor Ort Vorteile, sondern auch gesamtwirtschaftlich? Oder ist es aus Sicht des Staates nicht sinnvoller, dort zu investieren, wo die Voraussetzungen gut sind, selbst wenn zentrale und periphere Regionen auseinanderdriften? Mit der Hinwendung zu Clusterpolitik wird seit den 1990er-Jahren sukzessive ein Wandel vollzogen. Es gilt die „Starken zu stärken“, also jene Regionen und Unternehmen, von denen erwartet wird, dass sie im internationalen Wettbewerb bestehen können. Dies sind

vor allem Städte und etablierte Industrieregionen. Selbstverständlich fließt nach wie vor viel Geld in ausgleichsorientierte Maßnahmen, etwa über die Instrumente der EU-Agrarpolitik und der Regionalpolitik, denen jedoch hohe zentripetale Geldflüsse gegenübersehen, z. B. die Ausgaben für Universitäten und Bildungseinrichtungen oder die Technologieförderung. Gerade letztere zählen zu den wenigen Ausgabenbereichen, die auch in Zeiten knapper Budgets hohe Steigerungsraten aufweisen.

d. Steigende Mobilitätskosten

Die Phase der fordistischen Expansion ging mit der massenhaften Verbreitung des Autos einher. Die gestiegene Mobilität ermöglichte es, dass längere Distanzen zwischen Wohn- und Arbeitsort zurückgelegt werden konnten. Dies hat erhebliche Auswirkungen auf die Siedlungsstruktur: viele Kernstädte schrumpften, während sich der suburbane Speckgürtel immer weiter ausbreitete. Diese „urban sprawl“ wird aufgrund des tendenziell steigenden Ölpreises und den damit einhergehenden erhöhten Mobilitätskosten an Dynamik verlieren. Dichte Siedlungsformen werden dagegen an Attraktivität gewinnen.

e. Demographischer Wandel

Bislang waren es vor allem junge Familien, die aus den Städten aufs Land ziehen. Mit sinkenden Kinderzahlen schrumpft das Potenzial an abwanderungswilligen StädterInnen. Für ältere Menschen bieten Städte zahlreiche Vorteile, vor allem im Bereich der Gesundheitsversorgung. Daher ist sogar mit einer Rückwanderung älterer Menschen aus suburbanen Gebieten in die Städte zu rechnen. Betrachtet man die internationale Migration, sind ebenfalls städtische Zentren die bevorzugten Zielgebiete.

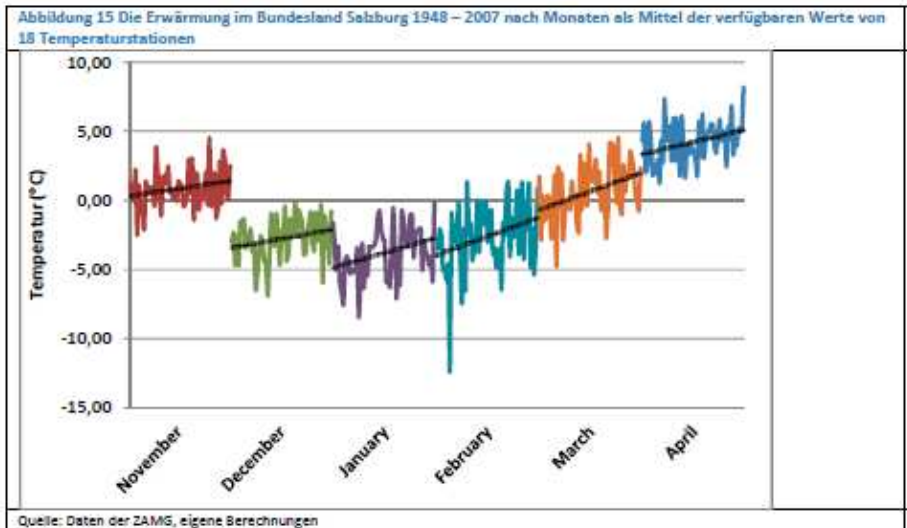
3.5. Schlussfolgerungen

Obwohl Vorhersagen räumlicher Entwicklungen mit erheblichen Unsicherheiten verbunden sind, überwiegen die Hinweise, die eine stärker polarisierte Raumstruktur mit wachsenden Städten und stagnierenden Peripherien in Europa erwarten lassen. Dies trifft auch auf das Bundesland Salzburg zu. Wenn sich die gegenwärtigen sozioökonomischen Trends fortsetzen, wird es zu einer weiteren Konzentration der Bevölkerung und von Arbeitsplätzen in Salzburg und Umgebung kommen, während die Gebirgsgaue und hier vor allem der Lungau, ökonomisch zurückfallen werden, da sie erhebliche Standortnachteile im Bereich neuer, wissensintensiver Branchen aufweisen.

Die skizzierte Entwicklung ist nicht unvermeidlich. Klassische ausgleichsorientierte Regionalpolitik und räumliche Umverteilung über Finanzausgleichsregelungen können zentripetale Trends erheblich abmildern, wenn auch nicht stoppen. Das haben Jahrzehnte der ausgleichsorientierten Regionalpolitik bewiesen, allerdings vor dem Hintergrund geschützter Binnenmärkte. Durch Etablierung zunehmend globalisierter Märkte wurde ausgleichsorientierte Regionalpolitik deutlich erschwert, da größerer Binnenmärkte stärkere zentripetale Kräfte entfalten. Zudem gerät das Ziel eines Ausgleichs im nationalen Territorium in Österreich wie auch in vielen anderen Industriestaaten gegenüber der Schaffung von international wettbewerbsfähigen Wachstumspolen in den Hintergrund.

Ob das skizzierte Szenario als bedrohlich oder wünschenswert betrachtet werden sollte, ist keine analytische, sondern eine normative Frage. In Österreich ist die Vorstellung wachsender Städte und eines ausgedünnten ländlichen Raumes überwiegend negativ konnotiert. Romantische Vorstellungen vom Landleben und

speziell vom Leben in den Alpen sind tief im kollektiven Bewusstsein verankert. Die Politik setzt lediglich auf die teure Abschwächung und Verzögerung zentripetaler Trends und nährt die Illusion, den ländlichen Raum ohne noch massiveren Kapitaltransfer stabilisieren zu können. Offen eine Politik des Städtewachstums und des kontrollierten Schrumpfens ländlicher Peripherien zu verfolgen, scheint derzeit politisch zu riskant zu sein. Eine solche Politik könnte der Bevölkerung durchaus Vorteile bringen, da Städte bessere Bildungschancen und Karrieremöglichkeiten eröffnen. Umgekehrt könnte sich der Nutzungsdruck in den Peripherien im Bereich von Landwirtschaft und Tourismus verringern. Der ländliche Raum als Kulturraum würde dadurch aber unweigerlich geschwächt. Ohne in dieser diffizilen Frage Stellung beziehen zu wollen, scheint es uns hoch an der Zeit, diese Debatte endlich offen zu führen und die unterschiedlichen Optionen abzuwiegen. Räumliche Strukturen sind politisch gestaltbar, wobei unterschiedliche Zielvorstellungen mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Kosten erreicht werden können.



Quelle: Suklitsch, M. et al., Klimaschutz Salzburg..., S. 32.

4. Klimawandel in Salzburg

4.1 Klimaerwärmung international und regional⁸⁰

Es besteht in Wissenschaftlerkreisen kein begründeter Zweifel, dass weltweit eine Klimaerwärmung im Gange ist, welche hauptsächlich durch von Menschen verursachte Emissionen von Treibhausgasen verursacht wird. Die weltweite Durchschnittstemperatur ist seit 1880 um ca. 1 Grad gestiegen und der Anstieg geht weiter.⁸¹

⁸⁰ Besonderen Dank an Dr. Gunter Sperka für seine Hinweise.

⁸¹ Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America 103: 14288-14293, siehe <http://www.pnas.org/content/103/39/14288.full>. Subjektiv bewusst ist dieser Prozess vielen Angehörigen der mittleren und älteren Generati-

Ungeachtet der Komplexität des Themas und großer Bandbreiten der Szenarien, was die Schnelligkeit der Erwärmung betrifft, ist der grundsätzliche Trend durch eine Fülle von Daten abgesichert.⁸² Trotz inzwischen jahrzehntelanger politischer Bekenntnisse, diesen Trend zu bremsen bzw. umzukehren, weisen folgende Faktoren sogar auf eine weitere Fortsetzung, ja sogar eine Beschleunigung der Erwärmung hin:

Erstens wird ein weiterer starker Anstieg des Energieverbrauchs prognostiziert, der mehrheitlich durch die Verbrennung fossiler Energien gedeckt werden soll: die IEA geht für den Zeitraum 2008-2035 von einer weltweiten Steigerung des Energieverbrauchs um 36% aus.⁸³ Zweitens gibt es bisher bei den internationalen Bemühungen zur Begrenzung der Emissionen von Treibhausgasen kaum Erfolge. 2010 stiegen diese weltweit sogar um 5,8% an.⁸⁴

Drittens weist das Klimasystem der Erde eine große Trägheit auf, was bedeutet, dass allein die bereits ausgestoßenen Treibhausgase eine noch viele Jahrzehnte andauernde Erwärmung bewirken.⁸⁵

on durch persönliche Erinnerungen und Erlebnisse. Einer der Autoren war z. B. gewohnt, vor ca. 40 Jahren in seiner Kindheit vom Hahnbaum, dem St. Johanner Hausberg, mit den Schiern auf schneebedeckten Nebenstraßen bis in den Untermarkt (600 m Seehöhe) nach Hause zu fahren. Das ist schon seit vielen Jahren undenkbar geworden.

⁸² Zu den Argumenten der sogenannten Klimaskeptiker siehe Kromp-Kolb, H./Formayer, H., Schwarzbuch Klimawandel, Salzburg: ecowin, 2005, S. 113-121.

⁸³ Siehe IEA, World Energy Outlook 2010 Factsheet, Seite 1.

⁸⁴ Siehe Stricker, M., Australien führt CO₂-Steuer ein, in: SN, 09.11.2011, S. 5.

⁸⁵ Das Ziel der Einschränkung der Erwärmung auf maximal 2 Grad im Vergleich zum Ende des 19. Jahrhunderts wird damit immer unwahrscheinlicher, was die Gefahr des Überschreitens von Kipp-Punkten erhöht, welche unvorhersehbare und unkontrollierbare Effekte haben. Dazu siehe Mäder, C., Kipp-Punkte im Klimasystem. Umweltbundesamt, Dessau, Juli 2008.

a) Klimaveränderungen im Alpenraum

Salzburg wird bis zum Jahr 2030 in steigendem Ausmaß mit den Folgen der zu erwartenden Klimaerwärmung konfrontiert sein. Durch die Lage in den Ostalpen ist unser Bundesland von dieser Entwicklung besonders betroffen, da im Alpenraum die Temperaturen 1,5 bis 2 mal so schnell steigen wie im weltweiten Durchschnitt. Messungen ergeben hier einen Anstieg der Temperaturen seit Ende des 19. Jahrhunderts um 1,8 Grad (0,8 Grad weltweit).⁸⁶ Bereits die derzeit beobachtbare Klimaänderung verursacht wesentliche Veränderungen im Alpenraum, der bekannteste Aspekt ist der Rückgang der Gletscher. Die wichtigsten globalen Klimamodelle lassen auch für die nächsten Jahrzehnte in den Alpen größere Temperaturanstiege als im weltweiten Mittel erwarten. Davon ist der Winter noch stärker betroffen als der Sommer.⁸⁷

b) Regionale Klimamodelle für das Bundesland Salzburg

Um für kleine Regionen wie das Bundesland Salzburg differenziertere Aussagen über zu erwartende Entwicklungen treffen zu können, ist die Regionalisierung und höhere räumliche Auflösung von Klimaszenarien notwendig. Hier liegen aus jüngerer Zeit zwei Studien vor, welche, obwohl von verschiedenen methodischen Ansätzen ausgehend, zu ähnlichen Ergebnissen kommen.

Das Grazer Wegener Zentrum legte im November 2007 ein regionales Klimaszenario für Salzburg vor, welches auf den Tagesmittelwerten der Temperatur und auf

⁸⁶ Vgl. Kromp-Kolb, H./Formayer, H., Schwarzbuch Klimawandel, Salzburg: ecowin, 2005, 41-47.

⁸⁷ Ebda, S. 46 f. und S. 99-111.

Tagessummen des Niederschlags beruht.⁸⁸ Beschrieben werden die zu erwartenden Veränderungen zwischen 1981-1990 und 2041-2050, wobei der Gitterraster in einer Feinheit von 10 x 10 km vorliegt (globale Modelle arbeiten mit Gitterrastern von 100 – 200 km). Während die Temperaturänderungen als Mittelwert für das gesamte Bundesland gelten können, sind die Unterschiede der Niederschlagsmengen so groß, dass unterschiedliche Aussagen für einzelne Subregionen sinnvoll sind. Bei den Temperaturen beträgt die Zunahme der mittleren Temperatur im Land Salzburg zwischen 2,0 Grad im Winter und 2,8 Grad im Herbst, in den Hochgebirgsregionen bis zu 3,0 Grad im Sommer.⁸⁹

Ganz wesentliche Auswirkungen auf viele Lebensumstände haben das Ausmaß und die Intensität der Niederschläge. Im Winter weisen die Szenarien im ganzen Bundesland auf eine Zunahme der Niederschläge bei gleichzeitig längeren Trockenperioden hin, was eine Zunahme von Starkregenereignissen bedeutet. Im Frühling wird keine signifikante Änderung der Niederschlagsmengen und -intensitäten erwartet. Im Sommer und noch verstärkt im Herbst wird es zu einer Abnahme der mittleren Niederschlagsmengen und zu einer Verlängerung der Trockenperioden kommen.⁹⁰

Eine zweite Studie wurde im Auftrag der Salzburger Grünen von der TU Wien im Mai 2008 fertiggestellt.⁹¹

⁸⁸ Suklitsch, M. et al., Klimaschutz Salzburg: Ein regionales Klimaszenario für das Bundesland Salzburg, Ergebnisse, Graz: Wegener Zentrum für Klima und globalen Wandel, November 2007

⁸⁹ Ebda., S. 8 f.

⁹⁰ Ebda., S. 9-13.

⁹¹ Breinling, M./Charamza, P./Feilmayr, W., Klimasensibilität des Salzburger Wintertourismus nach Bezirken. Die Bedeutung eines Klimawandels und Strategien der Anpassung, Wien: Schriftenreihe des Instituts für Städtebau, Landschaftsarchitektur und Entwerfen, TU Wien, E-260L, Mai 2007.

Diese basiert auf den Auswertungen von 18 Klimastationen im ganzen Bundesland, welche Tageswerte für sechs verschiedene Klimaparameter lieferten. Ausgehend von diesen Daten wurden Vorhersagen für das Erreichen von 2 Grad Erwärmung im Vergleich zur Referenzperiode 1970-2000 getroffen. Im Falle eines linearen Anstiegs der Temperaturen würde dieser Anstieg im Zeitraum 2055-2075 erreicht. Wahrscheinlicher ist jedoch aufgrund der steigenden Treibhausgaskonzentrationen eine beschleunigte Entwicklung, sodass die 2 Grad-Erwärmung bereits in den Jahren 2025-2030 erreicht werden könnte.⁹² Die Auswirkungen auf die zeitliche Länge und die Dicke der Schneedecken können bildlich so zusammengefasst werden, dass die im Referenzzeitraum in 1.100 Meter Seehöhe gewohnte Situation dann in einer Höhe von 1.600 Metern vorzufinden wäre.⁹³

4.2 Auswirkungen der Klimaerwärmung auf die Natur

Eine stichwortartige Aufzählung der Auswirkungen der Klimaerwärmung auf die Natur verdeutlicht die Bandbreite der zu erwartenden Entwicklungen.

Rückgang der Gletscher

Bereits heute sind z. B. die Gletscher rund um den Sonnblick auf rund ein Viertel des Höchststandes von 1850 geschrumpft.⁹⁴

Auftauen des Permafrosts

Durch die erhöhten Temperaturen kommt es zum Auftauen des Permafrosts, damit verbunden ist eine erhöhte Felssturz- und Murengefahr. Im Obersulzbachtal

⁹² Ebda., Kurzfassung, S. 4.

⁹³ Ebda., Kurzfassung, S. 10.

⁹⁴ Vgl. Sonnenstrahlung setzt Gletschern zu, in: Salzburger Nachrichten, 27.08.2011, S. 21.

im Pinzgau geriet ein ganzer Hang ins Rutschen und verschüttete die Zufahrt zur Postalm. Die Straße musste unter hohen Kosten auf die gegenüberliegende Talseite verlegt werden.⁹⁵ Murenabgänge bilden auch ein Gefahrenpotenzial für Speicherkraftwerke.⁹⁶

Verringerung der Schneedecke

Die Dauer und die Dichte der Schneedecke sinkt besonders in Tal- und mittleren Höhenlagen, was vor allem die Randmonate des Winters betrifft. Bei einem Temperaturanstieg von 1 Grad gegenüber 2007 würden nur mehr 75% der heute bestehenden Schigebiete in den Alpen als natürlich schneesicher gelten, bei einem Anstieg um 2 Grad wären es noch 61%.⁹⁷

Zunahme von Wetter-Extremereignissen

Die Häufigkeit und Intensität von Hitze- bzw. Trockenperioden sowie von Starkregen steigt. Der heiße Sommer 2003 führte im August europaweit zu einer Erhöhung der Sterberaten.⁹⁸

Verstärkte Stressphänomene der Vegetation/Artensterben

Durch den beispiellos schnellen Anstieg der Temperaturen geraten eine Vielzahl von heimischen Pflanzen und Tieren in einen ihren Lebensraum betreffenden Anpassungsdruck, dem sie nicht oder nur teilweise gewachsen sind (die Möglichkeit, im alpinen Raum nach oben

⁹⁵ Vgl. Eine Familie kämpft mit dem Klimawandel, in: Salzburger Nachrichten, 11.07.2011, S. 19. Die markante Erfahrung der Klimaerwärmung hat die Pächter der Postalm, Ernst und Trudi Pichler, zu Ökopianieren werden lassen.

⁹⁶ Vgl. Folgen der Klimaerwärmung: Stresstest für die Wasserkraft, in: Salzburger Fenster 26/2011, 20.07.2011, S. 1, 4-5.

⁹⁷ Vgl. CIPRA International (Hg), Tourismus im Klimawandel, COMPACT Nr. 08/2011, S. 6.

⁹⁸ Kromp-Kolb, H., Bedingt der Klimawandel Katastrophen? In: Wissenschaft & Umwelt 2006 – INTERDISZIPLINÄR Nr. 10, S. 79-88, hier S. 82.

auszuweichen, ist begrenzt). Ein Schweizer Forschungsprojekt ergibt, dass bereits ein Drittel aller Vogelarten in den Alpen in höhere Gebiete gezogen ist.⁹⁹ Allerdings deutet eine Untersuchung darauf hin, dass Pflanzen Anpassungsleistungen an höhere Temperaturen schneller als bisher vermutet erbringen könnten.¹⁰⁰

Vermehrtes Auftreten von Neophyten

Es kommt zur Einwanderung von bisher nicht heimischen Pflanzen aus wärmeren Gebieten, welche verstärkt in Salzburg geeignete Lebensbedingungen vorfinden. Darunter sind Schädlinge und krankheitsverursachende Arten, wie z. B. das stark allergene Ambrosia-Traubenkraut. Oft fehlen diesen Arten natürliche Feinde, was die Ausbreitung begünstigt. Altbekannte Schädlinge können plötzlich an Relevanz gewinnen.¹⁰¹

Veränderung der Zusammensetzung der Wälder

Rund 52% der Salzburger Landesfläche sind mit Wald bedeckt. Die heimischen Wälder sind für den Schutz natürlicher Ressourcen (Wasser und Boden) und für die Aufrechterhaltung der Biodiversität von großer Bedeutung. Durch höhere Temperaturen und längere Trockenperioden werden die heimischen Baumarten verschieden stark von Stresssymptomen betroffen.¹⁰² Die am häufigsten vorkommende Fichte ist gegenüber Hitze und Trockenheit besonders empfindlich und vor allem in Monokulturen gegen Windwurf anfällig.

⁹⁹ Siehe Klimawandel bedroht Alpengvögel, in: Salzburger Nachrichten, 12.09.2011, S. 22.

¹⁰⁰ Indizien dafür liefert eine im Wissenschaftsmagazin „Science“ veröffentlichte Studie. Vgl. Gene an Klimawandel angepasst, in: Salzburger Nachrichten, 07.10.2011, S. 11.

¹⁰¹ Siehe z. B. das Forschungsprojekt Schädlinge und Klimawandel. Details unter www.bioforschung.at/Projektinfos.317.0.html.

¹⁰² Nähere Informationen dazu siehe www.wabo.boku.ac.at/wald-klimawandel.html.

Veränderung der Gewässer

Durch die Erwärmung der Flüsse und Seen schrumpfen Lebensräume für heimische Fischarten, vor allem für Kaltwasserfische. Bereits akut gefährdet sind u. a.

Äsche, Huchen und Bachforelle.

Im Sommer wird es zu einer Abnahme der Gletscherabflüsse und einer Zunahme von Hochwasserereignissen kommen. Diese stärkere Dynamik der Gewässer trägt zur Bedrohung der Artenvielfalt an und in den Gewässern bei.¹⁰³

4.3 Folgen für Bevölkerung, Wirtschaft und öffentliche Haushalte

Die Folgen der Klimaerwärmung haben eine mehrfache gesellschaftliche Bedeutung. Erstens stellen sie für Teile der Bevölkerung ein Gesundheits-, Sicherheits- und soziales Risiko dar. Zweitens ist die Wirtschaftskraft des Landes sehr stark mit der Nutzung der natürlichen Landschaft verknüpft. Drittens werden die öffentlichen Haushalte verstärkt durch die Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen bzw. für Zahlungen zur Schadensbehebung beansprucht werden.

a) Folgen für die Bevölkerung

Gesundheit: Die Zunahme von Extremwetterereignissen und der Zuzug von Tier- und Pflanzenarten, welche Krankheiten verursachen können, werden eine zusätzliche Belastung für Kinder, ältere sowie gesundheitlich geschwächte Personen darstellen.

Sicherheit: Die Bewohner von Gebieten in exponierten Lagen (an Gewässern, in Gebirgstälern) werden

¹⁰³ Siehe Niedermair, M. et al., Klimawandel und Artenvielfalt. Wie Klimafit sind Österreichs Wälder, Flüsse und Alpenlandschaften? Auftraggeber Österreichische Bundesforste AG, o. O., o. J. (2007), S. 13 f.

verstärkt mit Hochwässern, Murenabgängen und Steinschlägen konfrontiert sein.

Soziale Absicherung: Finanzielle Belastungen für bestimmte Bevölkerungsgruppen sind in verschiedenen Bereichen denkbar. Zum Beispiel als Betroffene von extremen Wetterereignissen (Dürren, Überschwemmungen, Murenabgängen) oder im Falle von Arbeitslosigkeit oder Insolvenz bei eventuellen Rückgängen im Wintertourismus.

b) Folgen für die Wirtschaft

Am meisten wird der für Salzburg wirtschaftlich sehr bedeutende *Tourismus* vom Klimawandel betroffen sein. Salzburg verzeichnet im tendenziell an Bedeutung noch zunehmenden Wintertourismus pro Saison bei ca. 200.000 Gästebetten ca. 14 Mio Nächtigungen, in der Sommersaison bei ca. 190.000 Gästebetten ca. 10 Mio Nächtigungen.¹⁰⁴ Besonders die drei Bezirke „Innergebirg“ (Pongau, Pinzgau und Lungau), welche drei Viertel der Landesfläche ausmachen und in denen ein Drittel der rund 550.000 Einwohner lebt, sind stark vom Wintertourismus abhängig. Im Winter 2006/07 betragen die direkten Einnahmen durch den Wintertourismus im Pongau 26%, im Pinzgau 23% und im Lungau 13% (im übrigen Salzburg nur 2%). Allein durch den Wintertourismus wird rund ein Zehntel des Bruttoregionalprodukts Salzburgs erwirtschaftet.¹⁰⁵

Den größten Anteil am Wintertourismus hat der Skisport und damit verwandte Aktivitäten. Das Vorhandensein einer geschlossenen Schneedecke ist dabei enorm wichtig. So ist für 72% der österreichischen Winterurlau-

¹⁰⁴ Siehe WKO, *Tourismus in Zahlen. Österreichische und internationale Tourismus- und Wirtschaftsdaten*, 47. Ausgabe, Wien April 2011, S. 24 und 39.

¹⁰⁵ Siehe Breiling et al., Kurzfassung S. 11.

ber ein Ski-/Schneeurlaub das meist genannte Reisemotiv. Mit 97% ist die Schneesicherheit für die Wahl eines Schigebietes das mit Abstand wichtigste Kriterium.¹⁰⁶ Umgekehrt würden bei einer Abfolge von mehreren schneearmen Wintern 51% der Ski-/Schneeurlauber das Skifahren reduzieren, 10% sogar mit dem Schifahren aufhören.¹⁰⁷

Mit dem Anstieg der Klimaerwärmung sinkt auch die Anzahl der schneesicheren Schigebiete. Für Salzburg weist eine Untersuchung aus, dass von 39 Schigebieten im Jahr 2006 noch 90% (35) als schneesicher galten. Dieser Anteil sinkt bei einer Erwärmung um 2 Grad auf 62% (24), bei 4 Grad auf 23% (9).¹⁰⁸ Die Anpassung an die zunehmende Gefährdung der Schneesicherheit ist seit vielen Jahren im Gange. Sie erfolgt bisher fast ausschließlich durch hohe Investitionen in künstliche Beschneigung und die dafür notwendige Infrastruktur (Beschneigungsanlagen, Speicherteiche). Fast jährlich werden neue Rekorde bei Investitionen gemeldet, allein 2011 investiert die Salzburger Seilbahnwirtschaft ca. 100 Mio Euro.¹⁰⁹ Der Zwang, die im Gang befindlichen Veränderungen der Natur durch Technik aufzuhalten, ist so groß, dass keine Alternativen denkbar scheinen. „Alternative Angebote zum Skilauf, auch vor dem Hintergrund des Klimawandels, wären ‚Utopie‘.

¹⁰⁶ Fleischhacker V. et al., Auswirkungen des Klimawandels auf das künftige Reiseverhalten im österreichischen Tourismus. Am Beispiel einer repräsentativen Befragung der österreichischen Urlaubsreisenden. Forschungsbericht im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend, Wien 2009, S. 18 ff.

¹⁰⁷ Fleischhacker V. et al., ebda., Kurzfassung, S. 7.

¹⁰⁸ Arbesser, M. et al., Die ökonomische Bedeutung des Wintersports in Österreich. Studie von SportsEconAustria und IHS, Wien Juli 2008, S. 17.

¹⁰⁹ „Davon gehen 55 Mill. Euro in die Erneuerung von sieben Seilbahnen und Liften, 25 Mill. Euro in die Beschneigung und 20 Mill. Euro in die Infrastruktur – etwa Parkplätze, Pisten und Pistengeräte.“ Siehe Kaindl, A.: „Kritik an Umweltverfahren“, in: Salzburger Nachrichten 27.09.2011, Lokalteil Seite 11.

(...) Es gebe keinen „Plan B“. Für Schnee und Skifahren existiere keine Entsprechung.¹¹⁰ Wenn jedoch beim längeren Ausbleiben von natürlichem Schneefall nur mehr weiße Bänder inmitten einer grünen Landschaft ins Tal führen, ist der Erfolg der Investitionen in Frage gestellt. So wird bei Schneemangel in den Tälern in den Schigebieten das Ausbleiben von Tagesgästen beobachtet.¹¹¹ Der Freizeitforscher Peter Zellmann berichtet, dass in den letzten 15 Jahren die Zahl jener, die mit dem Schifahren aufgehört haben, um 50 Prozent zugenommen hat.¹¹² Zusätzlich gerät der Schisport aus demographischen Gründen unter Druck: Weniger Jugendliche wachsen heran, davon fahren weniger Schi als früher.¹¹³

Von Ausnahmen abgesehen, findet eine öffentliche Diskussion möglicher Alternativstrategien nicht statt, „...weil der Tourismus als Schönwetterbranche erfolgreich die Marketing-Perspektive in den Vordergrund rückt.“¹¹⁴ Die engagierten Bemühungen von Bürgermeister Peter Brandauer in Werfenweng, die Touristen zu einer umweltfreundlichen Anreise zu gewinnen, sind zwar lokal und international erfolgreich, bleiben jedoch

¹¹⁰ So der Freizeitforscher Peter Zellmann, in Bayer, H.: Die Zahl der ‚Ski-Aussteiger‘ nahm um fünfzig Prozent zu, in: Salzburger Nachrichten, 22.10.2011, Lokalteil, S. 2-3.

¹¹¹ Für den schneearmen Winter 2006/07 wird ein Einnahmen-Ausfall durch das Ausbleiben von Tagesgästen im Ausmaß von 100 Mio. Euro geschätzt. Siehe Breiling et al., Kurzfassung, S. 11.

¹¹² Siehe Bayer, H.: Die Zahl der ‚Ski-Aussteiger‘ nahm um fünfzig Prozent zu, in: Salzburger Nachrichten, 22.10.2011, Lokalteil, S. 2-3.

¹¹³ Hier versucht das in Salzburg gegründete „Netzwerk Winter“ gegenzusteuern, indem z. B. die Teilnahme an Schulschikursen massiv beworben wird. Vgl. www.netzwerk-winter.at. Siehe auch Bayer, H.: Für den Schnee von morgen, in: Salzburger Nachrichten, 08.01.2011, S. 30.

¹¹⁴ Siehe Luger K., Schwitzender Planet – Kalte Betten. Tourismus im Zeitalter moralisierender Märkte und des Klimawandels. In: Egger, R./Herdin, Th. (Hg), Tourismus : Herausforderung : Zukunft, LIT-Verlag Wien/Berlin 2007, S. 127-141, hier S. 132.

landesweit isoliert.¹¹⁵ Insofern ist Kurt Luger zuzustimmen, wenn er feststellt: „Bewusstsein unter beratungsresistenten Touristikern hinsichtlich ihrer sozialen, ökologischen, kulturellen wie auch ökonomischen Verantwortung zu schaffen, gehört zu den großen pädagogischen Aufgaben des 21. Jahrhunderts.“¹¹⁶ Diese Verantwortung könnte z. B. im Eingeständnis bestehen, dass nicht alle Schigebiete den kostenintensiven Wettlauf um Technisierung und Qualitätssteigerung mitmachen können und die Entwicklung eines „Plan B“ langfristig einfach notwendig ist.¹¹⁷

Während der Wintertourismus durch die Klimaerwärmung unter Druck gerät, könnte es positive Effekte auf den Sommertourismus geben. Durch angenehme Temperaturen in den Bergen, längere Schönwetterperioden und eine Verlängerung der Sommersaison gewinnt der Aufenthalt in der freien Natur an Attraktivität. Dazu kommt, dass es in traditionellen Urlaubsländern am Mittelmeer tendenziell heißer wird, auch Wassermangel wird dort zunehmend ein Problem.¹¹⁸ Zuwächse beim Sommertourismus können jedoch Rückgänge beim Wintertourismus nicht ausgleichen, da der Sommertourismus nur rund 40% der gesamten

¹¹⁵ Seine Initiative „Alpine Pearls“ hat in sechs Ländern 24 Mitglieder, in Salzburg ist außer Werfenweng nur Neukirchen am Großvenediger dabei. Siehe: Alpin-Tourismusperlen wachsen, in: Pongauer Nachrichten, 13.10.2011, S. 29 bzw. www.alpine-pearls.com.

¹¹⁶ Luger, K., Schwitzender Planet – Kalte Betten...S. 139.

¹¹⁷ Pointiert dazu Messner F., Skywalking in St. Event am Trend, in: Salzburger Nachrichten, 13.10.2011, S. 6. Aus wissenschaftlicher Sicht siehe Abegg, B./Elsasser, H., Wintertourismus im Klimastress. In: Egger, R./Herdin, Th. (Hg), Tourismus : Herausforderung : Zukunft, LIT-Verlag Wien/Berlin 2007, S. 219-230 sowie Starlinger, G., Wintertourismus im österreichischen Alpenraum – Entwicklungen, Trends und Zukunftsperspektiven unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit. GRIN-Verlag München, 2008.

¹¹⁸ Siehe Starlinger, V., Wintertourismus im österreichischen Alpenraum..., S. 89 f.

Nächtigungen ausmacht und zudem die Wertschöpfung pro Gast geringer ist.¹¹⁹

Die *Landwirtschaft* wird durch vermehrte extreme Wetterereignisse erhöhten Belastungen ausgesetzt sein. Längere Hitze- und Trockenperioden können zu einer Verringerung von Ernteerträgen führen. Vermehrtes Auftreten von Starkregen sowie Hagel kann ebenfalls zu größeren Ausfällen in der landwirtschaftlichen Produktion führen.

In Salzburg hat die Wasserkraft in der *Stromerzeugung* einen traditionell hohen Stellenwert. Besonders bei den Laufkraftwerken ist die Menge der erzeugbaren Energie davon abhängig, dass ständig genug Wasser in den Flüssen verfügbar ist. Durch geringere Gletscherspenden im Sommer und längere Trockenperioden einerseits sowie zunehmende Starkregen andererseits wird es hier Veränderungen des Abflussgeschehens und der Geschiebeabgabe und damit zu Veränderungen der Verfügbarkeit von Wasserkraft kommen.¹²⁰

c) Folgen für die öffentlichen Haushalte

Die Häufung von Extremwetterereignissen wird die öffentlichen Haushalte durch das Ansteigen der Kosten für die Beseitigung von Umweltschäden stärker als

¹¹⁹ Einen Hinweis auf die mögliche Höhe der Verluste gibt eine Studie für das Berner Oberland, in der Einnahmenausfällen aus dem Wintertourismus von 150 Mio. CHF vermehrte Einnahmen im Sommertourismus von 80 Mio. CHF gegenüberstehen. Siehe Abegg, B., *Tourismus im Klimawandel*. CIPRA, Compact 08/2011, S. 20.

¹²⁰ Was Speicherkraftwerke betrifft, siehe StartClim2007. Auswirkung von Klimaänderungen auf das Abflussverhalten von vergletscherten Einzugsgebieten im Hinblick auf Speicherkraftwerke. Abschwächend zum Einfluss des Rückzugs der Gletscher auf die Verfügbarkeit von Wasserkraft siehe Reinhard Böhm von der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik (ZAMG), in: *Sonnenstrahlung setzt Gletschern zu*, in: *Salzburger Nachrichten*, 27.08.2011, S. 21.

bisher belasten. Die notwendigen Anpassungen der Belastbarkeit von Schutzbauwerken, die Erweiterung von Retentionsräumen etc. verursachen ebenfalls steigende Kosten. Katastrophenfonds, Budgets für die Reparatur von Straßen und Wegen im alpinen Raum, für die Wildbachverbauung etc. werden höher dotiert werden müssen.

Dazu können noch steigende Kosten im Gesundheitswesen kommen, verursacht durch Hitzewellen oder zugezogene krankmachende Pflanzenarten.

Von der Klimaerwärmung negativ betroffene Bereiche der Salzburger Wirtschaft werden verstärkt nach öffentlichen Förderungen und Stützungsmaßnahmen rufen. Hier ist vor allem die gesamte betriebliche Wertschöpfungskette im Wintertourismus zu nennen, welche durch ihre große wirtschaftliche Bedeutung eine starke Lobby bildet.¹²¹

4.4 Handlungsoptionen des politischen Systems

Diese Entwicklung wird den Druck auf die Salzburger Landespolitik in zweierlei Hinsicht erhöhen. Erstens besteht als „Täter“ die rechtliche und moralische Verpflichtung, den Salzburger Anteil an Treibhausgas-Emissionen auf ein verträgliches Maß zu reduzieren¹²², wengleich dieser Anteil quantitativ betrachtet zu klein ist, um den internationalen Trend in Richtung weitere Erwärmung abschwächen zu können. Deshalb besteht zweitens als „Opfer“ die Notwendigkeit, Anpassungsstrategien zu entwickeln und umzusetzen, um die

¹²¹ So fließen bereits heute öffentliche Mittel z. B. in die Unterstützung der Modernisierung von kleinen und niedrig gelegenen Schigebieten.

¹²² Einen Überblick dazu gibt Ritter, M., Klimapolitik im Bundesland Salzburg, in: Salzburger Jahrbuch für Politik 2010, Salzburg 2010, S. 144-158. Für den Bereich Raumwärme siehe Mild, E., Salzburger Raumwärmepolitik. Macht und Ohnmacht regionaler Energie- und Klimaschutzpolitik, in: Salzburger Jahrbuch für Politik 2010, Salzburg 2010, S. 159-178.

negativen Auswirkungen der nicht mehr verhinderbaren Erwärmung möglichst gering zu halten.¹²³ Die regionale Anpassungsstrategie des politisch-administrativen Systems ist eingebettet in ein Strategiebündel auf internationaler, EU- und nationaler Ebene¹²⁴ und konzentriert sich bisher auf Projekte aus dem Bereich der Wasserwirtschaft und der Raumordnung.¹²⁵ Ein Projekt aus dem Jahr 2001 befasste sich mit den möglichen Auswirkungen der Klimaänderung auf den Wintertourismus in Salzburg. Im 2006 vorgestellten „Strategieplan Tourismus“ des Landes Salzburg kommt der Risikofaktor Klimaerwärmung und mögliche Antworten darauf nicht explizit vor.¹²⁶ Gerade in diesem für Salzburg so wichtigen Bereich steht die Bewusstseinsbildung erst am Anfang. Unter der Prämisse, dass nur ein klimaverträglicher Tourismus langfristig Zukunft hat,

¹²³ „Als Anpassung bezeichnet man Maßnahmen, mit denen natürliche und menschliche Systeme (z.B. Tourismus, Landwirtschaft) gewappnet werden, um die Folgen des Klimawandels möglichst unbeschadet zu überstehen.“ Vgl.

www.klimawandelanpassung.at/apps/glossar, Download 14.09.2011

¹²⁴ Erwähnt seien hier nur ein Grünbuch (2007) und ein Weißbuch (2009) der EU, Vereinbarungen im Rahmen der Alpenkonvention, das seit 2003 laufende Projekt StartClim der Universität für Bodenkultur Wien und der 2011 in Gang befindliche Prozess zur Erarbeitung einer österreichischen Anpassungsstrategie.

¹²⁵ Im Projekt CLISP soll z. B. in den Modellregionen Pongau und Pinzgau die Raumplanung als Schlüsselkompetenz für die Anpassung an den Klimawandel entwickelt werden. Details dazu siehe www.clisp.eu bzw. www.salzburg.gv.at/ro_projekt_clisp, Download am 15.09.2011. Im Projekt WINALP wird speziell die Situation des Waldes in den Nordalpen untersucht. Siehe www.hswt.de/fh/fakultaet/wf/projekte/winalp.html.

¹²⁶ Der zuständige Politiker LH-Stellv. Haslauer fasst in seinem Vorwort den Focus des Strategieplans kurz und bündig zusammen: „Wir haben ein Ziel und das heißt Wachstum.“ Der kurz darauf folgende Anspruch „Die Risiken, die sehen wir, wir setzen aber rechtzeitig Maßnahmen, um sie zu vermeiden“, wird für den Bereich Klimawandel derzeit vor allem durch Investitionen in die Aufrechterhaltung des Status quo, Stichwort Beschneigungsanlagen, eingelöst. Siehe „Strategieplan Tourismus Salzburg“, Land Salzburg o. J. (2006), S. 4.

stellen sich die Fragen: „Wer macht den Anfang und lanciert das erste Plus-Energie-Skigebiet? Wer den ersten solar betriebenen Tourismusort? Die erste klimaneutrale Destination?“¹²⁷ Und wie kann erreicht werden, dass solche Pioniere nicht isoliert bleiben, sondern zum Standard werden?

4.5 Wohin bewegt sich Salzburg bis 2030?

Wie wahrscheinlich ist es, dass die Investitionsströme und Förderungen geplant und langfristig in den Umbau unseres Wirtschaftssystems in Richtung Zukunftsfähigkeit gelenkt werden? Wie wahrscheinlich ist es, dass den Salzburger Unternehmen klare und berechenbare Entscheidungsgrundlagen vorliegen werden, um eine faire Chance zur Umsetzung notwendiger Strukturanpassungen zu haben?¹²⁸ Wie weit kann eine regionale Politik diese faire Chance unter den derzeitigen internationalen Rahmenbedingungen überhaupt bieten?

Die Reformkapazität und Innovationsfähigkeit der Salzburger Landespolitik ist – aus verschiedenen Gründen – eng begrenzt. Nimmt man die Ergebnisse der letzten zwanzig Jahre Klimaschutzpolitik im Bereich der Emissionsreduktion von Treibhausgasen als Maßstab, so sind deutlich messbare Erfolge auf einige Teilbereiche und Nischen beschränkt. Gesamt gesehen, konnte keine Trendwende erreicht werden, es ist nur gelungen, den Anstieg der Emissionen einzubrem-

¹²⁷ CIPRA International (Hg), Tourismus im Klimawandel. COMPACT Nr. 08/2011 (Verfasser Bruno Abegg), S. 25.

¹²⁸ Mit der Anpassungsfähigkeit von Tourismus-Unternehmen an den Klimawandel befasst sich z. B. Sebastian Helgenberger, Doktorand der BOKU Wien. Siehe z. B. „The capacity of locally embedded tourism operators to respond to climate variability and long-term change. First results from a qualitative case study on organizational learning in the Austrian winter tourism sector. Paper Brighton, 05.06.2009.“

sen. Der Zug fährt – noch immer – in die falsche Richtung.¹²⁹ Die beachtlichen Erfolge der Salzburger Umweltpolitik der 80er- und 90er-Jahre des 20. Jahrhunderts¹³⁰ konnten in der Klimaschutzpolitik nicht fortgesetzt werden. In den Kernbereichen Raumordnung, Wohnbausanierung und Verkehr wurden in den letzten 20 Jahren keine wesentlichen Reformschritte gesetzt. Allerdings sind durchschlagende Erfolge in diesen Bereichen auch schwieriger zu erzielen und berühren Kernbereiche unseres Wirtschaftssystems. Der Druck, die verfügbaren Finanzmittel in traditionellen Bahnen zu investieren, ist weiterhin enorm groß. Die Bedienung von Partikularinteressen, die Schaffung bzw. Sicherung von Arbeitsplätzen unabhängig ihrer langfristigen Zukunftsfähigkeit, ist täglich geübte Praxis, erzwungen von mächtigen Lobbys und eingebettet in vielfältige Abhängigkeiten auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene.

Gesetzt die Annahme, dass keine dramatischen Entwicklungen, wie z. B. hohe Preissteigerungen bei Energieträgern oder wichtigen Rohstoffen grundlegende Reformen erzwingen, werden auch in Zukunft reaktive Politikmuster vorherrschen. Maßnahmenkataloge werden nicht oder nur zum geringen Teil umgesetzt werden, Vorzeigeprojekte werden zwar prämiert, jedoch gesellschaftlich isoliert bleiben und keine gesellschaftliche Relevanz erlangen.

¹²⁹ Rückgänge an Energieverbrauch und Emissionen von Treibhausgasen in den letzten Jahren waren Folgen der geringeren Wirtschaftsleistung in der Wirtschaftskrise 2008/09 bzw. die Folgen von klimatisch wärmeren Wintern. LR Sepp Eisl drückt das prägnant so aus: „Wir haben uns von Salzburg auf den Weg nach München gemacht – und stehen aber derzeit in Amstetten.“ Siehe Eisl, S., Energiestrategie für Österreich, in: energy 3/06, S. 8.

¹³⁰ Z. B. Verringerung des Schwefeldioxidgehalts der Luft, Verbesserung der Wasserqualität der Flüsse und Seen, Beruhigung der Abfallproblematik.

Die Nichterfüllung der selbst gesteckten Ziele wird durch die Landespolitik nach dem Motto „Wir haben schon viel getan, aber es bleibt noch viel zu tun“ verharmlost.

Der Grundsatz, dass Zukunft gestaltbar ist, hat Gültigkeit. Die Fähigkeit zur aktiven Wahrnehmung weichenstellender Gestaltungsmöglichkeiten in Richtung Zukunftsfähigkeit wird jedoch auch weiter schwach ausgeprägt sein. Insofern ist die Furcht des Klimaforschers Hans Joachim Schellnhuber vom Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung berechtigt, „...dass wir eines baldigen Tages von der Phase der Verharmlosung des Klimaproblems direkt in die Phase des Entsetzens übergehen.“¹³¹

¹³¹ Siehe <http://www.zeit.de/2009/14/DOS-Schellnhuber>, Download 11.11.2011.

5. Gesundheit bis zum Jahr 2030

5.1. Definition Gesundheit

Die geläufigste Definition von Gesundheit wurde durch die Weltgesundheitsorganisation (WHO)¹³² festgelegt und umschreibt Gesundheit als einen „Zustand vollkommenen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht allein als das Fehlen von Krankheit und Gebrechen“¹³³. Die Begriffsklärung von Gesundheit kann und darf somit nicht nur auf die Abwesenheit von Krankheit und Gebrechen fokussiert sein, der Gegenstandsbereich ist von einem weiten Verständnis getra-

¹³² <http://www.who.int/suggestions/faq/en/index.html>.

¹³³ „Health is a state of complete physical, mental and social wellbeing and not merely the absence of disease or infirmity.“

gen; so hat beispielsweise der Bereich der Fortpflanzung (Invitrofertisation, Verhütung, Abtreibung, Leihmutter-schaft) nicht unmittelbar mit Krankheit zu tun.¹³⁴

Wie *Schöne-Seifert* richtigerweise anführen, sind die Begriffe der Krankheit und Gesundheit nicht eindeutig festgelegt bzw. abhängig vom kulturellen Verständnis, der Zeit und dem jeweiligen Moralverständnis.¹³⁵

Gekoppelt an das abrufbare Gesundheitswissen und Gesundverhalten sowie die sozialen Rahmenbedingungen und kulturellen Wertsetzungen werden Gesundheit wie auch Krankheit definiert¹³⁶ und insofern als relevant für die Ausgestaltung des einzelnen staatlichen Gesundheitssystems bzw. den damit zusammenhängenden (Allokations-)Problemen¹³⁷ erachtet. Was als Krankheitsbild angesehen wird, welche Leistungen entsprechend dem Versicherungssystem als Empfänger zur Verfügung stehen, stellen systemimmanente Verteilungsfragen dar. Die menschliche Gesundheit ist von einer Vielzahl an Einflussfaktoren biologischer, psychischer, ökologischer und sozialer Natur abhängig. Genetische Anlagen, natürliche und soziale Umweltbedingungen wie auch Verhaltensfaktoren sind ausschlaggebend.¹³⁸ Das

¹³⁴ Schöne-Seifert, B., *Medizinethik*, in: *Angewandte Ethik. Die Bereichsethiken und ihre theoretische Fundierung*, hg. v. J. Nida-Rümelin, Stuttgart: Alfred Kröner Verlag, 2005, 691 f. Näheres zum Begriffspaar Gesundheit – Krankheit siehe bei Wallner, J., *Ethik im Gesundheitssystem*, Wien: Facultas Verlag, 2004, 54 ff sowie Pöltner, G., *Grundkurs Medizin–Ethik*, Wien: Facultas Verlag, 2002, 75 ff.

¹³⁵ Schöne-Seifert, B., *Medizinethik*, in: *Angewandte Ethik. Die Bereichsethiken und ihre theoretische Fundierung*, hg. v. J. Nida-Rümelin, Stuttgart: Alfred Kröner Verlag, 2005, 691.

¹³⁶ Schmidt, B., *Der kleine Unterschied*, in: *Risiko Gesundheit*, hg. v. B. Paul/H. Schmidt-Semisch, Wiesbaden: VS Verlag, 2010, 27.

¹³⁷ Wallner, J., *Ethik im Gesundheitssystem*, Wien: Facultas Verlag, 2004, 54.

¹³⁸ Kuntz, B., *Bildung und Gesundheit*, in: *Die Gesellschaft und ihre Gesundheit*, hg. v. T. Schott/C. Hornberg, Wiesbaden: VS Verlag, 2011, 314.

Individuum beschäftigt sich mit diversen Fragestellungen erst, wenn es sich krank fühlt. Der Wert der Gesundheit erfährt in dem Moment Bedeutung bzw. wird von Wert, wenn dieser knapp wird: solange wir gesund sind, wird diesem Zustand keine Bedeutung beigemessen bzw. dieser als selbstverständlich angesehen. Ähnlich verhält sich das Gesundheitssystem, das primär am kranken Menschen ausgerichtet ist.

Der Fokus im österreichischen Gesundheitswesen ist auf die individuelle Reparaturmedizin und nicht auf einen ganzheitlichen Ansatz zur Verbesserung wie auch Erhaltung der Gesundheit hin orientiert.¹³⁹ Laut OECD wurden in Österreich im Jahr 2009 im Bereich der Gesundheitskosten 56,8% für kurative Versorgung und Behandlung bzw. 0,2% für Prävention und Public Health Services ausgegeben.¹⁴⁰ Ein Paradigmenwechsel der kurativen Medizin hin zu einer zielgruppenspezifischen Gesundheitsförderung ist in den nächsten Jahren unausweichlich.¹⁴¹

5.2. Ursachen für den Paradigmenwechsel

Überalterung

Laut Statistik Austria sind derzeit 23% der Bevölkerung in Österreich im Alter von 60 und mehr Jahren, und es verschiebt sich zukünftig die Altersstruktur noch deutli-

¹³⁹ Masterplan Gesundheit – Einladung zum Dialog, 2010, 2, 6.
http://www.hauptverband.at/mediaDB/730577_Masterplan%20Gesundheit_Langfassung.pdf.

¹⁴⁰ OECD Health Data 2011,
http://stats.oecd.org/index.aspx?DataSetCode=HEALTH_STAT.

¹⁴¹ Bereits 1986 hat sich die WHO mit der Gesundheitsförderung auseinandergesetzt, besser bekannt unter der Ottawa Charta, bzw war dieses Dokument Ausgangspunkt für eine Vielzahl an Projekten;
http://www.euro.who.int/_data/assets/pdf_file/0006/129534/Ottawa_Charter_G.pdf.

cher hin zu älteren Menschen. Mittelfristig bis 2020 werden es rund 26% sein, langfristig ab ca. 2030 sogar mehr als 30%, die über 60 Lebensjahre aufweisen. Die Absolutzahl der über 80-jährigen Menschen steigt bis 2030 von derzeit 400.000 auf 630.000 an.¹⁴²

Für das Bundesland Salzburg bedeutet dies, dass die Bevölkerung in Zukunft wachsen wird. Derzeit leben 529.000 Personen im Bundesland, im Jahr 2030 werden es mit 556.000 um 5%, 2050 schließlich mit 567.000 um 7% mehr sein als derzeit. Die anfänglich noch positive Geburtenbilanz sowie die internationale Zuwanderung bewirken dieses Wachstum. Ab Mitte der 2030er-Jahre dürfte Salzburg mehr Einwohner als Kärnten zählen und somit zum bevölkerungsmäßig sechstgrößten Bundesland aufgestiegen sein.¹⁴³

Bezogen auf das Bundesland Salzburg ergibt sich – ähnlich wie für Österreich gesamt – ein Bild, das die Altersstruktur hin zu immer mehr älteren Menschen verschiebt: die unter 15-Jährigen sinken weiter ab, die erwerbsfähige Bevölkerung (15 – 60 Jahre) nimmt ebenfalls leicht ab, dafür steigt die Zahl der über 60-Jährigen um 10% bis zum Jahr 2030.¹⁴⁴

¹⁴²http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/demografische_prognosen/bevoelkerungsprognosen/index.html.

¹⁴³ Aktuelle Zahlen zur Überalterung der Menschen in Salzburg siehe ÖBIG Forschungs- und Planungsgesellschaft mbH, Salzburger Gesundheitsbericht 2007, Salzburg, 2008, 5ff; <http://www.goeg.at/de/BerichtDetail/Salzbürger-Gesundheitsbericht-2007.html>.

¹⁴⁴http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/demografische_prognosen/bevoelkerungsprognosen/027328.html.

Jahr	Bevölkerungsstruktur für Salzburg 2010-2075						
	Insgesamt	Unter 15 Jahre	15 bis unter 60 Jahre	60 und mehr Jahre	Unter 15 Jahre	15 bis unter 60 Jahre	60 und mehr Jahre
	absolut				in %		
2009	529.314	83.049	331.365	114.900	15,7	62,6	21,7
2010	530.418	81.898	331.247	117.273	15,4	62,5	22,1
2011	531.689	80.886	331.411	119.392	15,2	62,3	22,5
2012	533.214	80.041	331.692	121.481	15,0	62,2	22,8
2013	534.885	79.384	331.801	123.700	14,8	62,0	23,1
2014	536.579	78.898	331.738	125.943	14,7	61,8	23,5
2015	538.308	78.561	331.508	128.239	14,6	61,6	23,8
2020	545.600	77.626	325.397	142.577	14,2	59,6	26,1
2025	551.214	77.503	313.514	160.197	14,1	56,9	29,1
2030	556.021	77.305	302.732	175.984	13,9	54,4	31,7
2035	559.727	76.461	299.056	184.210	13,7	53,4	32,9
2040	562.736	75.350	298.284	189.102	13,4	53,0	33,6
2045	565.185	74.525	296.145	194.515	13,2	52,4	34,4
2050	566.797	74.355	294.633	197.809	13,1	52,0	34,9
2075	560.600	74.692	293.966	191.942	13,3	52,4	34,2

Quelle: STATISTIK AUSTRIA - Bevölkerungsprognose 2010. Erstellt am 29. Oktober 2010¹⁴⁵.

Chronische Erkrankungen

Mit der steigenden Lebenserwartung bzw. der Überalterung der österreichischen Bevölkerung und der gleichzeitig verbesserten medizinischen Versorgung ist die Zunahme chronischer Krankheiten per se vorhersehbar. Ein erhöhter Bedarf an Medikamenten bzw. Behandlungen, vor allem auch bedingt durch die im Alter charakteristischerweise auftretende Multimorbidität, belasten vermehrt das Gesundheitssystem.¹⁴⁶

¹⁴⁵http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/demographische_prognosen/bevoelkerungsprognosen/027328.html

¹⁴⁶ Siehe diesbezüglich auch Health in the European Union, Special Eurobarometer 272e, 2007, 7ff;

Laut Statistik Austria gaben bei der „österreichischen Gesundheitsbefragung 2006/2007“ mehr als ein Drittel der über 15-Jährigen an, eine chronische Krankheit oder ein chronisches Gesundheitsproblem zu haben (davon 1,2 Mio. Männer, 1,4 Mio. Frauen). Unter chronischen Krankheiten werden u. a. Wirbelsäulenbeschwerden, Allergien, Bluthochdruck, Migräne, Arthrose, Diabetes mellitus, Depressionen¹⁴⁷ oder beispielsweise Osteoporose verstanden. Die chronischen Krankheiten bzw. Gesundheitsprobleme nehmen bei Frauen stärker als bei Männern zu. Während nur jeder sechste 15- bis 29-Jährige ein dauerhaftes gesundheitliches Problem hat (125.000 Männer, 140.000 Frauen), sind es bei den über 75-Jährigen etwa zwei Drittel der Bevölkerung (140.000 Männer, 300.000 Frauen).¹⁴⁸

Mit der Zunahme des Alters steigt die Wahrscheinlichkeit, unter Wirbelsäulenbeschwerden zu leiden; fast jeder zweite 45- bis 59-Jährige ist davon betroffen. Arthrose, Arthritis und Gelenksrheumatismus sind ebenfalls alters- wie auch geschlechtsbedingte chronische Erkrankungsbilder. Junge Menschen sind davon kaum tangiert, hingegen ist jeder Fünfte bei den 45- bis 59-Jährigen betroffen. Geschlechtsbedingt sind diese

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_272e_en.pdf; hinsichtlich der Schwierigkeit der Abgrenzung zwischen normalem und krankhaftem Altern, der charakteristischen Multimorbidität im Alter und anderen Faktoren siehe Dräger, D./Blüher, S., Lebenswelt und Gesundheit älterer Menschen, in: *Die Gesellschaft und ihre Gesundheit*, hg. v. T. Schott/C. Hornberg, Wiesbaden: VS Verlag, 2011, 525ff.

¹⁴⁷ Siehe auch die Studie zu Mental Health, Special Eurobarometer 345, 2010, 55ff, bei der vorwiegend Frauen, alleinlebende Personen, Arbeitslose, Personen mit finanziellen Schwierigkeiten oder beispielsweise aus unteren Schichten Antidepressiva während der letzten 12 Monate einnahmen.

¹⁴⁸ Österreichische Gesundheitsbefragung 2006/2007, http://www.statistik.at/web_de/dynamic/statistiken/gesundheit/publetail?id=4&listid=4&detail=457, 18ff.

Erkrankungen insofern, als mehr Frauen als Männer darunter leiden, so sind z. B. bei den 60- bis 74-Jährigen 40% Frauen und 26% Männer vom Krankheitsbild erfasst. Es sind vor allem auch Frauen in höherem Alter, die an Osteoporose erkranken - jede vierte Frau mit über 60 Jahren weist diese Beeinträchtigung des Bewegungsapparates auf. Diabetes mellitus hingegen ist geschlechtsunspezifisch, jedoch auch altersgebunden und hat gravierende Auswirkungen auf Herz-Kreislauferkrankungen bzw. kann Erblindung, Dialyse, Transplantation oder Amputation von Gliedmaßen zur Folge haben. 6% der Österreicher bejahten die Frage, jemals Diabetes (Zuckerkrankheit) gehabt zu haben.¹⁴⁹ Zwischen 300.000 bis 315.000 Diabetiker sind in Österreich bekannt, die Dunkelziffer ist dabei nicht mit eingerechnet. Das Diabetesrisiko ist von einem Ost-West-Gefälle gekennzeichnet, Wien, Niederösterreich und Burgenland sind besonders stark betroffen. Auf dem Land sind mehr Frauen, in der Stadt mehr Männer mit Diabetes anzutreffen. Bis zum Jahr 2050 wird es in Österreich eine Steigerung der Diabetesfälle um 47% geben.¹⁵⁰

Die Zunahme chronischer Erkrankungen hat jedoch nicht nur Auswirkungen im Gesundheitsbereich, auch der Arbeitsmarkt ist und wird davon betroffen sein. So werden ab dem Jahr 2020 die Gruppe der 45- bis 65-Jährigen den größten Anteil der Erwerbsbevölkerung darstellen, gekennzeichnet durch gesundheitliche Einschränkungen, die mit zunehmendem Alter stei-

¹⁴⁹ Österreichische Gesundheitsbefragung 2006/2007, http://www.statistik.at/web_de/dynamic/statistiken/gesundheit/publetail?id=4&listid=4&detail=457, 20.

¹⁵⁰ http://www.oedg.org/pdf/Diabetesbericht_1.pdf; Österreichische Ärztezeitung Nr. 18/25.9.2004; Diabetes mellitus als gesundheitspolitische Herausforderung, Gesundheit Österreich GmbH, Wien: 2005, <http://www.goeg.at/de/BerichtDetail/Diabetes-mellitus-als-gesundheitspolitische-Herausforderung-2005.html>.

gen.¹⁵¹ Laut einer Studie des AMS resultieren 20% – 30% der Krankheiten aus den Arbeitsbedingungen, vorwiegend Muskel- und Skeletterkrankungen, psychische Erkrankungen, Krebserkrankungen oder beispielsweise behindernden Unfallfolgen.¹⁵² Neben Arbeitsausfällen älterer Arbeitnehmer wird die schwere Vermittelbarkeit chronisch Kranker den Arbeitsmarkt prägen.¹⁵³ Eine Konkurrenz der Unternehmen um junge Mitarbeiter in Kombination mit einer alternden Belegschaft verschärft den Arbeitsmarkt und wird Sozialsysteme zusätzlich belasten.¹⁵⁴ Eine Förderung der Gesundheit, ausgehend auf die gesamte Lebensspanne (in Übereinstimmung des Gesundheitssystems mit dem Gesundheitsmanagement in Unternehmen), wird von zentraler Wichtigkeit sein.¹⁵⁵

Bewegungsmangel und Übergewicht

Neben Alter, Geschlecht, genetischer Disposition und Umwelt ist auch das individuelle Verhalten (Bewegung, Ernährung) von Bedeutung für die Gesundheit. Bedingt durch den Bewegungsmangel westlicher Gesellschaft-

¹⁵¹ http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/demographische_prognosen/erwerbsprognosen/index.html;

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/demographische_prognosen/erwerbsprognosen/index.html.

¹⁵² Egger-Subotitsch, A., *Wer früh hilft, hilft doppelt!*, Wien: Communicatio, 2010, 2.

¹⁵³ http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/demographische_prognosen/erwerbsprognosen/index.html;

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/demographische_prognosen/erwerbsprognosen/index.html.

¹⁵⁴ Richenhagen, G., Demografischer Wandel in der Arbeitswelt: Ein internationaler Vergleich im Hinblick auf Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit, in: *Die Gesellschaft und ihre Gesundheit*, hg. v. T. Schott/C. Hornberg, Wiesbaden: VS Verlag, 2011, 367ff.

¹⁵⁵ Kommission der EG, Weissbuch Gemeinsam für die Gesundheit: Ein strategischer Ansatz der EU für 2008-2012, 2007, KOM (2007) 630, http://ec.europa.eu/health/ph_overview/Documents/strategy_wp_d e.pdf.

ten haben chronische Erkrankungen epidemische Ausmaße angenommen („Epidemie der körperlichen Inaktivität“).¹⁵⁶ Die Studie „Zukunft : Freizeit : Sport – Salzburg 2014“ zeigt auf, dass aus medizinischer Sicht das notwendige Maß an Bewegung in der Regel durch Sport im Rahmen des Freizeitverhaltens oder körperlich aktive Verhaltensweisen im Beruf geleistet werden kann. Da im Rahmen der Erwerbsarbeit innerhalb der EU nur noch 20% intensiv körperlich tätig sind, müsste Bewegung/Sport vorwiegend in der Freizeit betrieben werden.¹⁵⁷ Entsprechend dem Gesundheitsbericht Österreich 2009 gaben 16% an, dass Fernsehen, Lesen oder andere häusliche Aktivitäten ihre körperlichen Betätigungen der letzten 12 Monate am besten beschreiben. Hingegen betreiben 8% der Österreicher mehr als einmal pro Woche intensives Training oder Leistungssport. Regionale Unterschiede sind allerdings insofern nachzuweisen, als 13% der Bevölkerung in Salzburg, 9% jeweils in Oberösterreich und Vorarlberg intensiv Sport betreiben, hingegen Wien (19%), Burgenland (18%), Niederösterreich (18%) und Vorarlberg (20%) gering körperlich aktiv sind.¹⁵⁸

Konkret ist das Sportverhalten in Salzburg dadurch gekennzeichnet, dass ein Drittel (33,6%) überhaupt keinen Sport betreibt, zwei Drittel der Erwachsenen generell jedoch sportaktiv sind. Die Bezirke Salzburg und Lungau weisen hohe Sportaktivitäten auf (um die 70%), hingegen fällt der Flachgau mit 61,6% am niedrigsten aus. Geschlechtsspezifische oder bildungsbezogene Differenzierungen sind – ausgenommen weibliche

¹⁵⁶ http://www.salk.at/80_1624.html.

¹⁵⁷ Studie „Zukunft : Freizeit : Sport – Salzburg 2014“http://www.arbeiterkammer.at/bilder/d62/Freizeit__undBreitensportin_Salzburg.pdf.

¹⁵⁸ http://www.goeg.at/cxdata/media/download/berichte/GB0e_09.pdf.

Jugendliche – nicht nennenswert, allerdings fällt das Alter ins Gewicht. Sportaktivitäten sind bei den jungen Erwachsenen im Alter von 19 bis 26 Jahren mit 60,7% relativ niedrig, als Sorgenkinder werden die 15- bis 18-jährigen Mädchen bezeichnet, fehlender Antrieb ist einer der Hauptgründe für sportliche Inaktivität. Die 51- bis 65-Jährigen betreiben am häufigsten Sport, allerdings müssen diese meist verletzungsbedingt oder durch körperliche Beeinträchtigungen vom Sport Abstand nehmen. Berufliche oder familiäre Verpflichtungen als weiterer möglicher Hinderungsgrund und Sportbarriere sind in den persönlichen Voraussetzungen begründet, die aus Sicht der Autoren mit Initiativen zur Kinderbetreuung im Rahmen von Sportangeboten ausgeglichen werden können. Körperliche Einschränkungen durch Übergewicht oder beispielsweise Rückenprobleme als Grund für das Unterlassen von Sport könne mit zusätzlicher Aufklärungsarbeit und dementsprechend angepassten Angeboten im sportlichen Sektor die Lebensqualität der Einzelnen verbessern und körperliche Probleme reduzieren helfen. Gesundheit, Spaß und Fitness sind die dominierenden Sportmotive.¹⁵⁹

Mangelnde Bewegung, falsche Ernährungsgewohnheiten und ein reduzierter Energieverbrauch korrelieren mit Übergewicht. Zum Zeitpunkt der Gesundheitsbefragung 2006/2007 war jede zweite Person in Österreich übergewichtig. Männer sind deutlich mehr davon betroffen als Frauen, diese geschlechtsspezifische Ausprägung ist mit dem Alter im Bereich von 45 bis 85 Jahren steigend.¹⁶⁰ Salzburg entspricht dabei dem Trend wie in Österreich und anderen westlichen Industrienationen, insofern der

¹⁵⁹ Studie „Zukunft : Freizeit : Sport – Salzburg 2014“, http://www.arbeiterkammer.at/bilder/d62/Freizeit__undBreitensportin_Salzburg.pdf.

¹⁶⁰ Österreichische Gesundheitsbefragung 2006/2007, http://www.statistik.at/web_de/dynamic/statistiken/gesundheit/pubdetail?id=4&listid=4&detail=457.

Anteil an adipösen Personen steigt.¹⁶¹ In der Altersgruppe der 15- bis 44-Jährigen ist bereits jede vierte Person in Salzburg übergewichtig. Mit zunehmendem Alter steigt der Anteil an übergewichtigen Personen. Bei den 45- bis 64-Jährigen sind bereits 16,4% adipös.¹⁶²

5.3. Wohin bewegt sich das Bundesland Salzburg bis 2030?

Weg vom krank sein – hin zum gesund bleiben

Einerseits können der demografische Wandel und damit die Überalterung der Bevölkerung, gleichzeitig aber auch die Zunahme von chronischen Krankheiten, Bewegungsmangel und Übergewicht als einflussgebende Faktoren in Bezug auf zukünftige Erkrankungsmuster angeführt werden. Die zunehmend eingeschränkte Finanzierbarkeit von Gesundheitsleistungen, damit verbunden vermehrte Belastungen des Gesundheitssystems bzw. veränderte Rahmenbedingungen am Arbeitsmarkt bzw. in Unternehmen verschärfen die Situation.

Es wird nicht nur im Bundesland Salzburg, sondern im gesamten österreichischen Bundesgebiet verstärkt zu einer Fokussierung und zum Ausbau des Präventionsgedankens und der Vorsorgemöglichkeiten kommen. Systembedingt sind Veränderungen des Gesundheitssystems mit einer Zentrierung auf Vorsorge notwendig, um

¹⁶¹ Hinsichtlich der Steigerung an Adipositas in Verbindung mit einer Kostensteigerung im Zusammenhang mit Diabetes Typ 2 Fällen, Herz-Kreislauferkrankungen und Arthritis in den USA bzw. GB bis 2030 siehe Dietz, W. H., *Reversing the Tide of Obesity*, The Lancet, Vol 378, 2011, 744.

¹⁶² Im Gegenzug ist jedoch auch anzuführen, dass in Salzburg gleichzeitig 5,2% der 15- bis 44-Jährigen stark untergewichtig sind. Salzburger Gesundheitsbericht 2007, Salzburg, 2008, 34ff; <http://www.goeg.at/de/BerichtDetail/Salzburger-Gesundheitsbericht-2007.html>.

Kostensteigerung durch die Überalterung in Verbindung mit der Zunahme chronischer Krankheiten eindämmen zu können. Unterstützt werden kann die Umstellung des Gesundheitssystems auf Gesundheitsförderung und Prävention durch das Schaffen externer Anreize wie z. B. auf Unternehmensebene (Boni für gesunde Mitarbeiter, Betriebssportmöglichkeiten, gesunde Ernährung in Kantinen, betriebliche Vorsorgeuntersuchungen, Impfkampagnen, physio- und vor allem auch psychotherapeutische Maßnahmen, ergonomische Arbeitsplätze, u. a. m.) bzw. bei Versicherungen (Prämienreduktion für Nichtraucher, Sportler, Normalgewichtige).

Prävention will nichts schaffen, sie will verhindern. Gleichzeitig ist damit eine Sorge um etwas gemeint, das noch nicht geschehen ist und auch nicht geschehen soll – aber könnte. Die Genese von Wissen ist eine notwendige Bedingung für Prävention, um die Zukunft nicht als Bedrohung, sondern als Gestaltungsspielraum wahrnehmen zu können.¹⁶³ Das Land Salzburg wird noch viel mehr gefordert sein, in Gesundheitsförderung durch Bildung zu investieren.¹⁶⁴ Zielgruppenspezifische Aufklärungskampagnen, Projekte mit möglichst vielen Akteuren (Eltern, Schüler, Lehrer) in Kindergärten und Schulen bzw. neue Unterrichtsfächer wie beispielsweise Gesundheitswissenschaft müssen unterstützt, Turnstunden aus- und nicht abgebaut, schulische Freiräume mit Sport-, Natur- und Erlebnisprogrammen bereichert werden, um bereits bei Jugendlichen ein Bewusstsein hinsichtlich Gesundheitsverhalten und Prävention zu

¹⁶³ Leanza, M., Die Gegenwart zukünftiger Erkrankungen, in: *Risiko Gesundheit*, hg. v. B. Paul/H. Schmidt-Semisch, Wiesbaden: VS Verlag, 2010, 245, 255.

¹⁶⁴ Rümmele, M./Feiertag, A., *Zukunft Gesundheit. So retten wir unser soziales System*, Wien: Orac, 2009, 66ff.

schaffen.¹⁶⁵ Um Ungleichheiten von Gesundheit bedingt durch Alter, Geschlecht, sozialer Lage, Bildung oder Migration in der Bevölkerung zu reduzieren („Präventionsdilemma“), bedarf es einer auf Zielgruppen spezifisch ausgerichteten Gesundheitsförderung.¹⁶⁶

Maßnahmen am Arbeitsmarkt zur Erhaltung und Förderung der Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit, alters- und altersgerechte Arbeitsbedingungen, positive Anreize für längeres Arbeiten und die Reduzierung von Frühpensionen werden ebenfalls von zentraler Bedeutung sein.¹⁶⁷ Das Gesundheitsmanagement in Betrieben weist eine sehr hohe Vielfalt auf und wird innerhalb der nächsten Jahre einen Aufschwung erleben: Arbeitsschutzmaßnahmen, Bewegung und Sport, arbeitsplatznahe Physiotherapie, psychologische

¹⁶⁵ Interessant auch der Zusammenhang von Bildung und Gesundheit, mehr dazu bei Kuntz, B., Bildung und Gesundheit, in: *Die Gesellschaft und ihre Gesundheit*, hg. v. T. Schott/C. Hornberg, Wiesbaden: VS Verlag, 2011, 314ff, 322; Richter, M. et al, Kinder und Jugendliche: Die Gesundheit der heranwachsenden Generation, in: *Die Gesellschaft und ihre Gesundheit*, hg. v. T. Schott/C. Hornberg, Wiesbaden: VS Verlag, 2011, 493ff; Hartung, S., Gesundheitsförderung und Prävention in Settings: Elternarbeit in Kitas, Schule und Familienhilfe, in: *Die Gesellschaft und ihre Gesundheit*, hg. v. T. Schott/C. Hornberg, Wiesbaden: VS Verlag, 2011, 599ff.

¹⁶⁶ Mehr zur zielgruppenorientierten Gesundheitsförderung bei Faltermaier, T./Wihofszky, P., Gesundheitsförderung und Prävention im Kontext von Public Health, in: *Die Gesellschaft und ihre Gesundheit*, hg. v. T. Schott/C. Hornberg, Wiesbaden: VS Verlag, 2011, 263ff; Razum, O. et al, Migration und Gesundheit, in: *Die Gesellschaft und ihre Gesundheit*, hg. v. T. Schott/C. Hornberg, Wiesbaden: VS Verlag, 2011, 556ff; Lampert, T., Armut und Gesundheit, in: *Die Gesellschaft und ihre Gesundheit*, hg. v. T. Schott/C. Hornberg, Wiesbaden: VS Verlag, 2011, 575ff.

¹⁶⁷ Richenhagen, G., Demografischer Wandel in der Arbeitswelt: Ein internationaler Vergleich im Hinblick auf Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit, in: *Die Gesellschaft und ihre Gesundheit*, hg. v. T. Schott/C. Hornberg, Wiesbaden: VS Verlag, 2011, 373, 379ff; Drupp, M., Betriebliches Gesundheitsmanagement durch die GKV – Erfahrungen und Ausblick, in: *Die Gesellschaft und ihre Gesundheit*, hg. v. T. Schott/C. Hornberg, Wiesbaden: VS Verlag, 2011, 387ff.

Hilfestellung, Ernährung, Stressbewältigung, Nikotin- bzw. Alkoholverwöhnung oder beispielsweise Disability Management, um nur einige Formen zu nennen.¹⁶⁸

Weg vom Patienten als Passivempfänger hin zum aktiv Eigenverantwortlichen als Förderer der Gesundheit

Nicht nur die Politik und Wirtschaft bzw. die jeweiligen Systeme, sondern jeder Einzelne wird unter Druck geraten, eigenverantwortlich zu handeln.¹⁶⁹ Auf individueller Ebene ist durch persönliches Engagement (gesunde Ernährung, Bewegung, wenig bis kein Alkohol, nicht rauchen) ein aktiver Lebensstil einzuschlagen, um chronische Erkrankungen vorweg zu vermeiden bzw. Nachteile auszugleichen wie auch zu reduzieren. Der Arzt fungiert dabei als Lebensberater in Gesundheitsfragen (Lebensstilmedizin), der unterstützend medizinische Informationen für eine sinnvolle Lebensgestaltung zur Verfügung stellt. Gesundheitsparameter dienen als Richtwert, die es anzustreben gilt. *Schmidt-Semisch/Paul* sprechen sogar von einer individuellen Pflicht zur Gesundheit im Verhältnis zu den knappen Ressourcen der Gemeinschaft.¹⁷⁰ Fehlende Bereitschaft zur Aktivität und Selbstsorge gelte nicht nur als unwirtschaftliches, sondern auch als asoziales und unmoralisches Verhal-

¹⁶⁸ Slesina, W./Bohley, S., Gesundheitsförderung und Prävention in Settings: BGM, in: *Die Gesellschaft und ihre Gesundheit*, hg. v. T. Schott/C. Hornberg, Wiesbaden: VS Verlag, 2011, 622; Rümmele, M./Feiertag, A., *Zukunft Gesundheit. So retten wir unser soziales System*, Wien: Orac, 2009, 73ff.

¹⁶⁹ Rümmele, M./Feiertag, A., *Zukunft Gesundheit*, Wien: Orac Verlag, 2009, 12ff.

¹⁷⁰ Siehe auch Greiner, W., Gesundheitsökonomie: Über die rationale Allokation knapper Ressourcen im Versorgungsalltag, in: *Die Gesellschaft und ihre Gesundheit*, hg. v. T. Schott/C. Hornberg, Wiesbaden: VS Verlag, 2011, 329ff, 331ff.

ten.¹⁷¹ Der Weg vom paternalistisch umsorgten Patienten hin zum eigenverantwortlichen, selbstbestimmten Gesunden/Patienten, unterstützt durch den Arzt als Gesundheitskoordinator, wird in den nächsten Jahren ein zentrales Thema werden.

Der individuelle Vorsorgegedanke kann durch die Inanspruchnahme medizinischer Dienstleistungen beispielsweise in Form von prädiktiven Gentests¹⁷², Präimplantationsdiagnostik (PID), der Hortung von Eizellen, Blut, Nabelschnurblut, Gewebe zum Eigengebrauch in Bio- und Gewebebanken unterstützt werden, bedarf jedoch ärztlicher Beratung und Unterstützung. Medizinische Dienstleistungen werden zukünftig eine gewichtige Rolle einnehmen, und der Gesundheitssektor als Arbeitgeber dementsprechend ausgeweitet werden.¹⁷³ Diverse Gesundheitsleistungen werden nicht zur Gänze der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden, zu differenzieren ist dabei zwischen möglichen, jedoch privat finanzierten Leistungen im Verhältnis zu Leistungen aus dem Gesundheitssystem bzw. gesetzlich nicht möglichen Leistungen, die in der Grenzregion Salzburg einen Gesundheitstourismus ins grenznahe Ausland begünstigen werden (Einzeltourismus, PID-Tourismus, Sterbetourismus).

¹⁷¹ Kritisch in Bezug auf die Eigenverantwortung Schmidt-Semisch, H./Paul, B., Risiko Gesundheit. Eine Einführung, in: *Risiko Gesundheit*, hg. v. B. Paul/H. Schmidt-Semisch, Wiesbaden: VS Verlag, 2010, 13, 26ff.

¹⁷² Kollek, R./Lemke, T., *Der medizinische Blick in die Zukunft*, Frankfurt a. M.: Campus Verlag, 2008, 307ff.

¹⁷³ Kommission der EG, Weissbuch Gemeinsam für die Gesundheit: Ein strategischer Ansatz der EU für 2008-2012, 2007, KOM (2007) 630, http://ec.europa.eu/health/ph_overview/Documents/strategy_wp_d e.pdf.

Transparentes, einheitlich geregeltes Gesundheitswesen für gleiche Leistungen in allen Bundesländern

Bedingt durch die Kompetenzzersplitzung (Art 10 B-VG Gesundheits- und Sozialversicherungswesen, Art 12 B-VG bundesländerweite Krankenanstaltengesetze, Art 15a B-VG Vereinbarungen mit den Ländern) im Bereich Gesundheit, der Unübersichtlichkeit der Finanzgebarung bzw. aufgrund der unterschiedlich ausgestalteten Leistungen in den jeweiligen Bundesländern ist weder eine bundeseinheitliche Bedarfsplanung, Steuerung und Qualitätssicherung noch eine transparente Finanzierung möglich. Eine Umstrukturierung ist aus allokatorischen Gründen auch zum Wohle des Patienten (mehr Patienten- und Bedarfsorientierung, weniger Einrichtungsorientierung)¹⁷⁴ unausweichlich und wird die Kompetenzen der einzelnen Bundesländer auf den Bund in Form einheitlicher Rahmenplanung für den gesamten Raum Österreich übertragen.¹⁷⁵

Ausbau der geriatrischen Abteilungen, Palliativstationen und Hospize

Mit der Zunahme von älteren Menschen ist neben der Erhaltung der Alltagskompetenz im Sinne einer selbständigen Lebensführung¹⁷⁶, der Begleitung und Unterstützung von älteren Menschen in Alltagsfragen, dem Ausbau der Langzeitpflege und geriatrischer Abteilungen auch die Sterbebegleitung (im Sinne von Pflege, Betreuung und Behandlung von Symptomen von

¹⁷⁴ Der Spiegel, *Vorsicht, Medizin*, Nr. 33, 15.8.2011, 116ff.

¹⁷⁵ Schelling, H.-J., *Masterplan Gesundheit*. Einladung zum Dialog, http://www.hauptverband.at/mediaDB/730577_Masterplan%20Gesundheit_Langfassung.pdf.

¹⁷⁶ Dräger, D./Blüher, S., *Lebenswelt und Gesundheit älterer Menschen*, in: *Die Gesellschaft und ihre Gesundheit*, hg. v. T. Schott/C. Hornberg, Wiesbaden: VS Verlag, 2011, 534ff.

Sterbenden)¹⁷⁷ notwendig und bedarf – bedingt durch eine verstärkte Nachfrage – vor allem im ländlichen Raum einer Aufstockung von geriatrischen Abteilungen, Palliativstationen bzw. Hospizen im Bundesland Salzburg.¹⁷⁸ Laut Aussage der Geriatrischen Ambulanz der Christian-Doppler-Klinik Salzburg kommt es in den nächsten 35 Jahren im Raum Salzburg zu einer Verdopplung der Zahl der über 60-Jährigen, die über 85-Jährigen verdreifachen sich sogar. Die Zahl der Pflegebedürftigen steigt von etwa 6.000 Personen auf ca 13.000 bis 15.000 an.¹⁷⁹

Im Zuge dessen wird auch die Debatte um aktiv-direkte Sterbehilfe (medizinisch assistierter Suizid, Tötung auf Verlangen) in der Öffentlichkeit verstärkt wahrgenommen werden. Diesbezügliche rechtliche Änderungen der aktiv direkten Sterbehilfe (hier vor allem historisch bedingt die Variante des medizinisch assistierten Suizids) betreffen jedoch nicht nur das Bundesland Salzburg, sondern müssen auf einer rechtlichen Ebene österreichweit einheitlich geregelt und ausgestaltet werden.

¹⁷⁷ Siegmann-Würth, L., *Ethik in der Palliative Care*, Bern: Internationaler Verlag der Wissenschaften, 2011, 26f.

¹⁷⁸ Es existieren beispielsweise im Bundesland Salzburg die Palliativstation der Salzburger Landeskrankenhäuser (Medizin III/Onkologie), Krankenhaus Hallein, Tageshospiz Salzburg, Hospiz Initiative Tennengau, Palliativ & Hospiz mobil, Helga Treichl-Hospiz.

¹⁷⁹ <http://www.salk.at/1702.html>.